Nr. 33
15. Dezember 1988

Uni Streik

Was'n dette?

INTERDISZIPLINÄR

Wöchentliches Berlin-Info

2 DM

auswärts 2,50 DM

Zur Einleitung:

Seit dem 1.Dezember werden die Uni's Westberlins nach und nach komplett besetzt, mittlerweile schließen sich auch schon die meisten Fachhochschulen und die Schulen des ZBW an. Mit der Besetzung der ersten regulären Schulen ist wohl in den nächsten zu rechnen und selbst auf der Fachhochschule der Bundespost wird auf einer Vollversammlung über Streik und Besetzung diskutiert. "Aufruhr - Widerstand - die Uni ist in unserer Hand" heißt dieParole. Die Institute werden umbenannt (das OSI an der FU nennt sich jetzt "Ingrid-Strobl-Institut"; die HistorikerInnen ihr's "Klaus-Störtebecker-Institut", es gibt ein "Malcolm-X-Institut" für Nordamerikanistik und ein "Winnie-Mandela-Institut" für Ethnologie; u.s.w.). Sämtliche offiziellen Seminare, Vorlesungen und Praktikas werden bestreikt und der Lehrbetrieb in die eigenen Hände genommen: autonome Seminare nennt sich das. Allein bei den Betriebswirtschaftlern gibt es über 50 - z.B. "Arbeitsrecht mal anders". Sicher läuft nicht alles konflktfrei, aber dies ist nur ein Grund, die Besetzungen auszudehnen, um endlich mal Zeit zu haben über sich selbst, über seine Interessen, Konflikte und Widersprüche zureden. An einzelnen Instituten werden sogar die Profs und die DozentInnen ausgesperrt.
Auch für uns kommt dieser Ausbruch einer Bewegung völlig überraschend. Noch vor zwei Wochen wurde von den meisten StudentInnen in der Szene der StudentInnenausweis schamhaft versteckt, jedeR machte nur das allernotwendigste und war von der Uni völlig abgegessen - und wohl zurecht aufgrund der gemachten Erfahrungen.
Diese Erfahrungen sind innerhalb der Uni vor allem das Sich-Beschränken der Uni-Politik auf ziemlich zähe Gremienarbeit, die Unechtheit der menschlichen Begegnungen und die apolitische, karriereorientierte Athmosphäre, welches auch genau dem Bild entspricht, das die Szene von den StudentInnen hat - auch wenn mehr als die Hälfte der Szene zumindest mit einem Bein in der Uni steht oder stand.
In der Szene wird das Arbeiten in den <u>Denkfabriken</u> oft als ein Fuss in der Tür der Bürgerlichkeit angesehen, während das Jobben in den <u>Produktionsfabriken</u> als der "eigentliche" Ort des revolutionären Kampfes gilt.
Diese Verdrängung des studentischen Alltags macht es für die Autonomen an der Uni ziemlich zwiespältig, sich zu diesem Streik zu verhalten oder einzugreifen - es fehlt an Orientierung und Organisierung, oder?
Trotzdem zeigt der Foderungskatalog der FU (siehe letzte INTERIM), daß es nicht um studentische Standesinteressen geht, sondern sich viele gemeinsame Anknüpfungspunkte auftun.
Nicht nur "Wohnraum für Alle" ist ein Punkt, an dem es zusammengehen kann. Mit der Podbielski 2 wurde zum erstenmal seit Langem ein Haus länger als 24 Std. gehalten und am Dienstag wurde das Tempelhofer Ufer 1a besetzt. Und im Januar die Grunewald-Demo. Zudem gibt es an fast allen Instituten Menschen, die versuchen, die Bewegung und ihre Inhalte weiterzubringen.
Im Folgenden bringen wir eine Auswahl von Papieren, die keinesfalls repräsentativ ist, sondern mit denen wir am meisten anfangen können. Es beginnt mit dem kompletten Abdruck der Streikzeitung Nr.6 des ISI (ex-OSI), in der wohl die weitgehendste Forderungsliste enthalten ist sowie in den weiteren Artikeln einiges über die Diskussionen und Inhalte der Besetzung rüberkommt. Danach folgt das Flugi, warum das OSI jetzt ISI heißt sowie ein Papier zur Entstehungsgeschichte des Namens. Weiter geht's mit einem Flugblatt der SchülerInnen, gefolgt von einem Flugblatt der "Linksradikalen an der FU"(die auch das eigene Fremdsein gegenüber der Uni thematisieren) sowie eine inhaltliche Kritik am Forderungskatalog der Vollversammlung der TU durch die "Linke LIste der TU".
Wir hoffen verschärft, daß die StudentInnen es schaffen, die Besetzungen über den Jahreswechsel hinweg aufrecht zu erhalten und daß die Bewegung im Januar sich weiterentwickelt. Wir hoffen aber auch, daß eine Auseinandersetzung der Autonomen überdie Uni und den Streik stattfindet.
- noch ein kleiner Punkt: bitte keine Einzelbestellung von Exemplaren unserer kleinen Zeitung an uns - das ist uns schlichtweg zuviel Arbeit. Aber Leute in Wessiland können jederzeit über ihren Buchladen (mind. 5 Ex.) bestellen. Dies, und auch sostige Post wie immer bis dienstags spätnachmittags an:

INTERIM
Gneisenaustr. 2 a
1000 Berlin 61

P.S.: Liebe Grüße von der Ketchup - Gang!

abstrosi

STREIKINFO NR. 6 / 12.12.88

EIH - LIEGEN LASSEN!

Das "Blättchen", daß Du gerade in der Hand hast, kann nicht in der notwendigen Aufla- ge gedruckt werden, damit Du Oma, Opa, Tante, Onkel und ... auch noch mitversorgen kannst!
Deshalb: Lesen, weitersagen und vor allem die Ausgabe in der Cafete, am Infotisch etc. liegen lassen, andere haben das gleiche Recht auf Information wie Du! Knutscherchen!

RESOLUTION DER VV AM 11.12.88.

Wir, die besetzenden StudentInnen des Instituts erklären hiermit:

1. Wir sind nicht grundsätzlich gegen Kooperation mit DozentInnen und sonst. MitarbeiterInnen. Wir sind an einem für unsere Streikziele produktiven Dialog interessiert.
2. Wir werden die autonomen Strukturen am Institut aufrecht erhalten, d.h. die Gebäude werden auch künftig nur StudentInnen vorbehalten sein.
3. Wir haben uns auf einen Forderungskatalog geeinigt, den wir Ihnen hiermit vorlegen. Wir fordern Sie auf, zu diesem Katalog inhaltlich und praktisch Stellung zu nehmen.
4. Uns reichen schwammige Solidarisierungsversuche, die sich zudem nur auf materielle Forderungen beziehen, nicht aus. Wir erwarten, daß Sie konkret und detailliert zu unseren Forderungen Stellung beziehen bzw. sich selbst inhaltlich einbringen. Sollten Sie sich nicht geschlossen hinter unseren Katalog stellen können, so sehen wir kein Problem darin, wenn Sie Ihre inhaltlichen Differenzen in unterschiedlichen Stellungnahmen kundtun.

Unser nächstes Plenum findet heute um 18.00 Uhr statt.
In Erwartung Ihrer Antwort grüßen Sie in freudiger Erregung die BesetzerInnen.

ZIELE DER OSI-IST BESETZUNG

PRÄAMBEL

Wissenschaft dient heute überwiegend wirtschaftlichen, militärischen und patriarchalischen Interessen.
Patriarchalische Strukturen, in denen Frauen systematisch unterdrückt, diskriminiert und vernichtet werden (Gewalt gegen Frauen: u.a. Hexenverbrennung damals und Witwenverbrennung heute in Indien; Zwangsheterogenität; Sextourismus) sind unverzichtbare Grundlage des Kapitalismus und Vorraussetzung zur Mehrwertschaffung durch unentgeldliche weibliche Reproduktionsarbeit.

Die Universität funktioniert im Sinne dieser Gesellschaftsordnung. Sie dient der Legitimation und Aufrechterhaltung von Patriarchat und Kapitalismus, indem sie in Forschung und Lehre, in Theorie und Praxis HERRschende Strukturen reproduziert.

Naturwissenschaften werden in erster Linie zur technologischen Naturausbeutung dressiert, die Humanwissenschaften sollen das bestehende ideologisch absichern und Menschen sozialtechnisch manipulieren.

Wir rebellierenden StudentInnen haben dagegen eine emanzipatorische Wissenschaft und dementsprechende Unistrukturen im Sinn.

Emanzipatorische Wissenschaft folgt dem erkenntnisleitenden (und ist) Interesse an Befreiung. Sie ist deshalb parteiisch zu Gunsten aller Unterdrückten, bei deren Erfahrungen und Leiden sie ansetzt, und auf die befreiende Praxis bezogen.

Feministische Frauenforschung bedeutet:
- Forschung und Lehre im Interesse von Frauen mit Frauen für Frauen
- Forschungsleitende Prinzipien sind Parteilichkeit und Betroffenheit
- Patriarchats- und Kapitalismuskritik
- Infragestellung von bestehenden bürgerlichen und linken Wissenschaftsprodukten
- Entwicklung feministischer Gesellschaftsvorstellungen und Handlungsperspektiven für Frauen.

Wir begreifen feministische Frauenforschung als emanzipatorischen Ansatz und haben eine allgemeine Wissenschaft zum Ziel, die nach den oben genannten Grundsätzen betrieben wird.
Die Technik, die bisher der Verfestigung von Herrschaft diente, soll endlich zum Mittel zur Befreiung menschlicher Entwicklungsmöglichkeiten werden. Aus diesen Gründe fordern wir eine Politisierung der Naturwissenschaften im Sinne einer kritischen Interdisziplinarität.

Mit der Übernahme des OSI in unsere Selbstverwaltung haben wir begonnen, eine wirklich freie Universität anzustreben. Zu unserem Verständnis einer solchen Uni gehört zentral die Einbeziehung nichstudentischer Gruppen in unseren Lern- und Arbeitsprozeß. Soziale Initiativen (Frauengruppen, Selbsthilfegruppen, SchülerInnen, Obdachloseninitiativen u.a.) sollen gleichberechtigt in autonome Seminare integriert werden.

Durch Einrichtung von Frauen-Lebens-"Räumen" (Zentren, Cafe's, Beratungs- und Infostellen etc.) können Frauenbewußtsein und Solidarität unter Frauen entstehen, womit auch verhindert wird, daß unsere Inhalte und Begrifflichkeiten durch das Patriarchat vereinnahmt werden (s. Alibifunktion jetziger Gleichstellungsstellen; Männer versuchen sich an Frauenforschung etc.).

Die gegenwärtig stattfindende Umstrukturierung an den Hochschulen ist nur ein Teil einer gesamtgesellschaftlichen Umstrukturierung. Diese soll den Konzernen zusätzliche Profite durch maximalen Technikeinsatz (Rationalisierungen) verschaffen, während die Kosten auf die sozial Schwachen abgewälzt werden. Die Erwerbslosen, RentnerInnen, Behinderten und anderen Gruppen sind ebenso wie viele StudentInnen vom Sozialabbau und marktradikaler Beseitigung öffentlicher Dienstleistungen betroffen. Im Kontext dieser Entwicklungen verändert sich auch der Stellenwert der Wissenschaften.
In dem Maße, in dem menschliche Arbeitskraft durch neue Technologien ersetzt wird, wächst die Bedeutung der NaturwissenschaftlerInnen und TechnikerInnen für den kapitalistischen Reproduktionsprozeß. Kritische (Human-) Wissenschaft wird als "Diskussionswissenschaft" (Lothar Späth) diffamiert und soll unterdrückt werden.
Wir StudentInnen streben die praktische Solidarität mit anderen Betroffenen der gesellschaftlichen Umstrukturierung an. Nur mit ihnen zusammen können wir eine gerechtere Gesellschaft herbei führen. Verbesserung unserer studentischen Situation, die zu Lasten anderer sozial schwacher Schichten gehen, lehnen wir ab.
Wir formulieren hier nicht bloß Forderungen an hochschulpolitische Institutionen, sondern insgesamt unsere Streikziele. Diese verwirklichen wir derzeit sehr weitgehend in der Besetzung des OSI. Daher werden sie nicht für weniger weitgehende Forderungen von uns aufgegeben werden. Unsere Besetzung des OSI richtet sich auf maximale Ziele. Wir begreifen die Niveaus oder Vorformen unserer Ziele als Kriterien für deren Verwirklichung und für Verhandlungen bzw. Angebote.
Unsere Forderungen dienen zunächst der Reformierung dieser Insitution und nicht der Aufhebung patriarchalischer und kapitalistischer Strukuturen., Dies kann nur langfristig über ein grundsätzliches Infragestellen der Herrschenden Strukturen geschehen. Weder werden wir unser besetztes Institut für kleine Zugeständnisse verkaufen, noch unsere Streikziele für etwas größere Zugeständnisse. Mit der Erfüllung irgendwelcher Minimalforderungen wird unser Kampf für diese Ziele nicht befriedet werden. Wir werden ihn auch nach der Besetzung fortführen, um den Betrieb im OSI und sein -verhältnis zur Gesellschaft weiter zu veränden.

I. DIE ERFÜLLUNG DER FOLGENDEN FORDERUNGEN IST FÜR UNS DIE UNVERZICHTBARE BEDINGUNG FÜR GESPRÄCHE MIT UNILEITUNG UND SENAT

- Rücktritt von Turner und Heckelmann
- Rücknahme der Beschlüsse zu den Strukturplänen (LAI, PI, ANTI-OSI, u.a)
- SOFORTIGE BEREITSTELLUNG BILLIGEN, LEERSTEHENDEN WOHNRAUMS FÜR ALLE - ERWEITERUNG DER RAUMKAPAZITÄT DES OSI UM MINDESTENS 50%. Die zusätzlichen Räume müssen für selbstbestimmte studentische Strukturen bereitgestellt werden.
- Zusage über die Ausweitung und Sicherstellung von Frauenseminaren.
- Finanzielle Mittel insbesondere für die Aufstockung der FB-Bibliotheken mit feministischer Literatur.
- Verhinderung der Einrichtung eines gemischtgeschlechtlichen Gremiums gegen die sexuelle Belästigung! (siehe Vorschlag Fr. Riedmüller)
- Einsetzung eines Ausschusses zur sofortigen Umsetzung der 50% Quotierung bei Stellen und in allen Gremien.
- Sofortige Einstellung von Margit Mayer.
- Jede Frau muß die Möglichkeit haben, kostenlose Selbstverteidigungskurse machen zu können.
- Gleichstellung und materielle Absicherung autonomer Seminare.
- Generelle Aufstockung der Geldmittel für die FU im Sinne der Präambelbei Bevorzugung bisher benachteiligter Fakultäten.
- Keine Repressalien gegen TeilnehmerInnen am Unistreik und Besetzung. Keine Benachteiligung für sonstige vom Streik betroffene Uniangestellte und StudentInnen.
- Mindestens Viertelparität in allen Gremien.
- Zusage über die ausschließliche Besetzung der unter 2 geforderten Stellen mit Frauen.

2. FOLGENDES SIND DIE WEITEREN ZIELE UNSERER BESETZUNG

- Im Sinne der Besetzung stellen wir die gegen-

wärtigen Strukturen und Funktionen der Uni infrage. Bis zur Verwirklichung der kritischen Interdisziplinarität fordern wir den Stop der Rüstungs-, Gen-, Reproduktions- und Nuklearforschung.
- Wir fordern die behindertengerechte Ausstattung aller universitären Institute und anderswo.
- Wir fordern die Gleichstellung der AusländerInnen in allen Lebensbereichen.
- Keine Diskriminierung von Frauen durch Anrechnung von Sonderboni auf Wartezeiten für Bundeswehr und Zivildienst.
- Verbot für Sexisten, an der Uni und anderswo beschäftigt zu sein. Die Tatsache der sexuellen Belästigung ist erfüllt, wenn frau diese als solche empfindet. Es ist ein von Frauen gewähltes Gremium einzurichten, das aus kompetenten Frauen zusammensetzt, die bereits auf dem Gebiet der sexuellen Belästigung und Gewalt gegen Frauen gearbeitet haben. Das Gremium entscheidet gemeinsam mit der/den Frau/en. Aufgaben des Gremiums: Anonymität gewährleisten, Schutz gegen Repression, Öffentlichkeitsarbeit, Kompetenz, eine Entlassung zu erwirken. Kündigungsgrund muß benannt werden und im Zeugnis aufgeführt werden(Problem: Gesetzesänderung wird notwendig.). Das Gremium entscheidet gemeinsam mit der/n Frauen.
- Interdisziplinäre Frauenforschung und Frauenstudien an allen Fachbereichen.
- Einrichtung von interdisziplinären feministischen Frauenbibliotheken mit Archiven.
- 50% Quotierung der universitären Gremien und Stellen, d.h. mindestens 75% Einstellung von Frauen, bis die Quotierung erreicht ist.
- Aufhebung der Altersgrenze für Einstellung.
- Ausweitung der ZE zur Förderung von Frauenstudien und Frauenforschung zu einem FB für Frauenstudien und Frauenforschung.
- Seit der Besetzung und Bestreikung unseres Institutes haben wir gezeigt, daß wir die Uni in unsere eigenen Hände nehmen können. Deshalb fordern wir die Mit- und Selbstbestimmung der StudentInnenschaft: Rücknahme von Berl-HG und HRG.
- Wir fordern die Abschaffung aller Zulassungsbeschränkungen zur Uni und somit die Neugestaltung des Schulsystems. Wir wollen eine eche Volx-Uni und Bildung für alle.
- "Erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral." (Brecht). Deshalb fordern wir ein den Lebenshaltungs- und Mietkosten entsprechendes Mindesteinkommen für jedermensch (gegenwärtig wären dies ca. 1200 DM).
- Wir fordern kostenlose Gesundheitsversorgung, die sich am ganzheitlichen Menschenbild orientiert, und billigen, menschenwürdigen Wohnraum für alle.
- Eine selbstverwaltete Universität setzt eine selbstbestimmte Gesellschaft voraus. Demokratische Strukturen müssen auf allen Ebenen der Gesellschaft und in allen Bereichen realisiert werden. Dies ist mit der Aufrechterhaltung der bestehenden Produktionsweise unvereinbar.
- Einrichtung von Kitas an allen Fachbereichen und Betrieben.
- Wir sind uns bewußt, daß wir diese Ziele nur mit vielen nichtstudentischen Gruppen zusammen erkämpfen können. Deshalb müssen wir so schnell wie möglich erste praktische Schritte in diese Richtung unternehemen.

WIE DISKUTIEREN WIR?

Wir schätzen, es wird 'ne harte Woche, 'ne Menge Streß geben - Plenas, Diskussionen mit allen möglichen Gruppen usw. usw.

- es gibt keine Redner-Innenliste, jede/r sollte auf die anderen achten
- logo, auch keine/r DiskusionsleiterInnen
- jede/r sollte sich ernsthaft überlegen ob sein Redebeitrag wichtig ist oder ob es nicht schon mal gesagt worden ist
- jede/r muß ausreden können, Zwischenreden, Rufe, Lachen ist absolute SCHEISSE!
- Klatschorgien sind auch nicht so sehr erwünscht
- Redezeitbegrenzung auf/um 2 Minuten.

MEDIZINERINNENSTREIK GEHT WEITER!

In einer Urabstimmung am FB der MedizinerInnen äußerten sich 82% der StudentInnen für einen Weiterführung des Steiks! Klasse!

DIE WEGE ZUM ERFOLG

Es hat sich gezeigt, daß am Csi/Isi "Gruppierungen" mit unterschiedlichen Auffassungen und Herangehensweisen existieren. Um ständiges Aneinander - Vorbeireden zu vermeiden, bzw. Grundlagen und damit klare Verhältnisse für Diskussionen zu schaffen, ist es sinnvoll, daß diese "Gruppierungen" in ihren Herangehensweisen und Zielvorstellungen in Form von Papieren konkritisieren. Damit wird vermieden, daß bestehende inhaltliche Differenzen mangels Klarheit über andere Positionen auf eine ziemlich unproduktive formalistische Ebene verlagert und dort scheinbar ausgetragen werden. Dieses Papier soll ein Beitrag zu einer wirklich fruchtbaren Diskussion sein. Vorab: Wir haben uns gegen Forderungen ausgesprochen. Dennoch sind wir bereit, aus taktischen Gründen den bestehenden Forderungskatalog zu akzeptieren. Wir wollen damit verhindern, daß die Einheit und Stärke dieser Bewegung gefährdet wird, da wir glauben, daß nur bei Erhalt dieser Einheit und Stärke die Basis für den Aufbau selbstbestimmter Strukturen geschaffen werden kann. Wir behalten uns aber vor, mit diesem Papier unsere Überlegungen bezüglich Strategie und Taktik wie auch der der praktischen Umsetzung klarzustellen.

Der Begriff Forderungen beinhaltet Kompromißbereitschaft. Das heißt unter bestimmten äußeren Bedingungen, nämlich wenn die Kräfteverhältnisse zwischen Studies und Senat ausgeglichen sind, wird versucht, daß, was der Gegenseite abgefordert wird, in Verhandlungen festzuschreiben. Das bestimmende Moment sind also die Kräfte- oder nennt es Machtverhältnisse. Das einzige, was den Senat interessiert, ist, wie stark die Studies sind und wie er diese Stärke brechen kann (bspw. kurzfristige materielle Zugeständnisse). Wir setzen anstelle von Forderungen Utopien, das heißt, uns geht es nicht um die Modifizierung von bestehenden Verhältnissen, sondern um die radikale Infragestellung dieser Verhältnisse selbst. Es wäre illusionär zu glauben, wir könnten diese Utopie (selbstbestimmte, für alle zugängliche Uni als Teil einer herrschaftsfreien Gesellschaft) Stück für Stück den Herrschenden in Verhandlungen abringen. Das hieße, daß sie sich darauf einlassen, über ihre eigene Abschaffung zu verhandeln. Die Utopien können letzlich nur über die Entstehung, Entwicklung und damit Ausdehnung von realer, antiinstitutioneller Gegenmacht erkämpft werden. Antiinstitutionell meint dabei, daß es sich um eine Macht handelt, die sich außerhalb bestehender Institutionen entwickelt (irgendwelche Paritäten in irgendwelchen Gremien sind deshalb kein vorrangiges Thema für uns), aber ein taktisches Verhältnis zu Institutuionen nicht ausschließt. Das könnte heißen in Gremien hinsichtlich des herrschenden Politikverständnisses destruktiv zu agieren. Die Entwicklung dieser Gegenmacht ist deshalb vor allem anderen die wichtigste Aufgabe für uns. Das heißt, wir stellen nicht Überlegungen an, wie unsere Forderungen am besten aussehen könnten, sondern wir machen uns Gedanken darüber, wie wir unsere Strukturen am besten ausweiten und stabilisieren können, damit sie Stärke vermitteln und vor allem handlungsfähig sind.

Wir haben vorher davon geredet, daß selbst für Verhandlungen das Vorhandensein vohn Gegenmacht das wichrtigste ist. Beispiel: Viele der hochschulpolitischen Forderungen, die jetzt auf der Tagesordnung stehen, existieren schon seit Jahren. Aber erst jetzt, nachdem sich real Gegenmacht entwickelt hat (also die streikenden, ihre Institute besetzenden STUDIES) lassen sich Senat, Unileitung und sonstige dazzu herab überhaupt auf das Thema einzugehen. Wenn sie etwa Verhandlungen mit den Studies führen sollten, dann nur solange, wie sie durch die Macht der Studies dazu gezwungen wären.Wenn durch materielle Zugeständnisse die Streikfront abbröckelt, werden die Verhandlungen sofort abgebrochen werden. Bzw. der Senat versucht jetzt schon einzelne Bereiche der Streikfront durch solche Zugeständnisse zu brechen und damit Verhandlungen und damit Verhandlungen von vorneherein unmöglich zu maxchen. Also nochmal: Das einzige, was die da oben interessiert, sit die Macht der Studies und wie sie sie brechen können. Das Mittel, um die Streikziele (Selbstbestimmung) zu verwirklichen, ist für uns deshalb nicht die Konfliktregulierung durch Verhandlungen, sondern der Kampf. D.h. (alles) zu tun, was hier und jetzt unsere Vorstellungen verwirklicht oder dem nahekommt. Da wir die Universität/die Wissenschaft in einen gesamtkapitalistischen Zusammenhang und aus dem Ghetto Hochschulpolitik ausbrechen wollen, bedeutet Herstellung von Gegenmacht konkret, Anknüpfungspunkte zu anderen gesellschaftlichen Bereichen und sozialen Gruppierungen herzustelklen und die theoretische und praktische Zusammenarbeit mit diesen durchzuführen. Und zwar hier und jetzt! Wenn wir das schaffen, dann haben wir einen ersten sehr wichtigen Schritt getan, um das, was hier an Organisationsform entwickelt wurde, auch dann aufrechterhalten zu können, wenn wir uns vom Senat dieses Gebäuder wieder wegnehmen lassen. Für unsere Ziele bedeutet das, daß sich in ihnen auch nichtstudentische ges. Gruppierungen wiederffinden müssen. Wir können im Prozeß der Entwicklung dieser Gegenmacht breits konkrete Ziele realisieren. Der Streik und die Institutsbesetzungen sind solch ein Prozeß, innerhalb dessen wir Teilziele verwirklicht haben, z.B. dioe selbstbestimmte Aneignung von Wissen hier am ISI in Form von autonomen Seminaren.

Zum Grundverständnis unserer Srtrategie ist es notwenid, das dialektische Verhältnis von Quantität und Qualität zu erfassen. Die Stärke der Bewegung wird durch beides bestimmt. Die momentane Stärke besteht aber lediglich in der Anzahl der Studies, die daran teilnehmen. Das stellt für uns die Basis dar, auf der wir bestimmte Qualitäten (Inhalte) entwickeln müssen, damit die Bewegung wirkliche Stärke vermittelt und durchsetzungsfähig wird. Eine Qualität haben wir bereits realisiert: Wir haben uns das CSI angeeignet. Damit haben wir eine abstrakte Utopie, die in unseren Köpfen herumschwirrtte, konkret erfahrbar gemacht. Aus dieser praktischen Erfahrung heraus wird auch unsere gesamtgesellschaftliche Utopie für uns greifbarer. Die Konkretisierung dieser Utopie bedingt den Schritt aus der Uni heraus hin zu anderen Widerstandsgruppen in der Gesellschaft, um so in gemeinsamer Praxis, d.h. aus gemeinsamer Erfahrung heraus, unsere gesellschaftliche Utopie weiterzuentwickeln: Bspw. in dem wir hierarchische Unistrukturen aufbrechen, wirkliche Bildung für alle ermöglichen und damit die Voraussetzungen für einen umfassenden Erfahrungsprozeß schaffen, der die nächste qualitative Ebene vorbereitet, die hier aber logischweise noch nicht konkretisiert werden kann. Wenn wir unsere Vorstellung von selbstbestimmten Strukturen und Gegenmacht ernst nehmen, müssen wir sie weiterhin in der Praxis umsetzen und mit Inhalt füllen.

SCHRITTE ZUM ERFOLG

TEIL II von Wege zum Erfolg

Einleitung

Die Besetzung des ISI hat als spontaner Protest angefangen. Inden wir die Besetzung konse-

quent durchgesetzt haben, haben wir uns nicht nur ein Druckmittel geschaffen, sondern vor allem auch einen Freiraum. Auf dieser Grundlage entwickeln wir durch unsere inhaltliche Arbeit und unser Zusammenleben die Bedingungen für eine konkrete Utopie. In studentischen Zusammenhängen wollen wir Strukturen schaffen, die Ausgangspunkt für längerfristige Gegenmacht sein können. Das bedeutet zum einen, herrschende Institutionen und ihre Träger aus diesem Prozeß auszuschließen, zum anderen, die Vernetzung mit anderen gesellschaftlichen Zusammenhängen zu betreiben.

Bisheriges Konzept:
Den konkreten Erfordernissen unserer Besetzung entsprechend hat sich ein Konzept herausgebildet. Wir haben versucht, seine Bestandteile zusammenzutragen:

a) autonome AGs

Die zunächst gebildeten AGs beschäftigten sich mit der Hochschule und deren Funktion für die Gesellschaft. Im Blickpunkt standen dabei Forschung, Wissenschaft und Lehrbedingungen. Hierraus entwickelten die einzelnen AGs eigene Vorstellungen von Wissenschaft, Ziele für die laufenden Auseinandersetzungen und Perspekhinaus fortgesetzt werden kann. Im Laufe der Besetzung haben sich weitere AGs gebildet, die sich um eine Auseinandersetzung mit unserer Situation hier bemühen: AGs zur Gestaltung unseres Freiraums, zu Entscheidungsstrukturen, Frauen- und Männerplenum.

b) Organisation

Die AGs leisten nicht nur inhaltliche Arbeit, sondern kümmern sich täglich auch um Wache und Café. Für die Organisation anderer Alltagsarbeiten wie Putzen, Einkaufen, Kochen etc. haben einzelne Leute Verantwortung übernommen, andere kommen spontan dazu. Zur Vorbereitung der Plena schickt jede AG eine Person in die Vorbereitungsgruppe, möglichst eine Frau ! Außerdem gibt es eine Zeitungsgruppe, einen Infotisch und eine Presse-AG.

c)

Entscheidungsstrukturen

Auch für die Entscheidungsstrukturen gilt, daß sie sich dynamisch weiterentwickeln und nicht von vornherein vorgegeben sind. Das Plenum ist einziges Entscheidungsgremium. In ihm wird nach einem "modifizierten Konsensprinzip" entschieden: Bei unterschiedlichen Positionen wird nicht abgestimmt, sondern nach einem Meinungsbild versucht, eine Einigung zu finden, die alle tragen können und durch die niemand ausgegrenzt wird. Ein Konsensvorschlag kann auch parallel zum Plenum von einer kleinen "kontroversen" Gruppe erarbeitet werden, um das Plenum nicht zu lähmen.

In die uniweiten inhaltlichen und organisatorischen Besetzungsräte werden nach dem Rotationsprinzip Delegierte mit imperativem Mandat entsandt, möglichst Frauen ! Auf diese Art haben wir Entscheidungsstrukturen für eine "Bewegung von unten" geschaffen, die sich nicht nach bürokratischen Zwängen richten muß. (Inhaltsrat tägl. 16.00 Uhr, org. Besetzungsrat tägl. 12.00 Uhr, beide Raum J 2714).

d) Zusammenleben und Umgangsformen

Um die Besetzung als gemeinsames Projekt durchführen zu können, müssen wir lernen, auf allen Ebenen offen und verantwortlich miteinander umzugehen. Wir glauben, daß sich dabei implizit folgende Ansprüche herausgebildet haben:

- Abbau von informellen Hierarchien durch wechselnde Übernahme der verschiedenen Aufgabe und Verantwortlichkeiten
- Überwindung der Trennung von Kopf- und Handerbeit, sowie der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung
- Auseinandersetzung mit autoritären und patriarchalischen Verhaltensstrukturen und deren Abbau.
- Vermeidung jeder Art von Bluff und Profilierungsversuchen.

Verantwortlichkeit des/der Einzelnen bedeutet auch, weder die Handlungsfähigkeit des Plenums, noch einen effizienten Diskussionsprozeß im Plenum und AGs zu behindern und zu blockieren:

- genau zuhören
- ständig überlegen, welcher Beitrag wirklich wichtig ist, noch nicht auf dem Tisch war und den Entscheidungsprozeß fördert.
- die Diskussionsebene nicht wechseln

e) uniweite Koordinierung

- Aktivitäten und inhaltliche Positionen der einzelnen Fachbereiche sollen uniweit in Org.- und Inhaltsrat ausgetauscht und koordiniert werden. Beide Gremien geben sich bei kurzfristig anstehenden Angelegenheiten Entscheidungskompentenz.
- Der AStA fungiert lediglich als Büro und stellt seine Infrastruktur zur Verfügung (Räume, Telefon, Bus, Kopierer)
- Die Öffentlichkeitsstelle koordiniert zusammen mit dem AStA-Öffentlichkeitsreferat die Außendarstellung der uniweiten Aktionen.
- Weiterhin sammelt und veröffentlicht die Zeitung "besetzt" alle Infos, Termine und Diskussionsstände der Institute.
- Daneben existieren eine Videozeitung und ein Telefonnetz. Ein CB-Funksystem ist im Aufbau.

PROTOKOLL DES INHALTSRATES VOM 10.12.

Themen:
1) Selbstverständnis
2) Forderungskatalog

Die Sitzung begann mit vielfältigen Meinungsäußerungen über das Selbstverständnis dieses Rates. Es wurde deutlich, daß in diesem Rat Entscheidungen erst nach vorheriger Rückkopplung mit den einzelnen Instituten getätigt werden dürfen (= keine direkte Entscheidungsbefugnis), und die einzelnen FBs die wichtigsten Entscheidungsgremien darstellen (Plenum und/oder VV).

Außerdem wurde festgestellt, daß eine Uni-VV als oberstes Entscheidungsgremium ausfällt, da die Uni-VV momentan Informationsfunktionen erfüllt. Die Durchführung des Rückkopplungsprinzips wird dadurch erschwert, daß nicht täglich in jedem FB ein entscheidungsbefugtes Gremium tagt und die Gefahr besteht, daß nie Beschlüsse gefasst werden können.

Begriff "Abstimmung"

Es erfolgt nur eine Abstimmung der anwesenden Delegierten darüber, ob die erarbeiteten Themen es wert sind, als Vorschlag bzw. Diskussionspapier in die FBs getragen zu werden. Das bedeutet, daß eine inhaltliche Organisationsarbeit erfolgt, die wesentliche und unwesentliche Diskussionsthemen sondiert (es kann nicht jede Kleinigkeit im Plenum durchdiskutiert werden !).

Die Arbeit dieses Gremiums besteht somit aus Vorschlägen für Inhaltsstrukturen, nicht aus Beschlüssen über Inhalte. Danach wurde festgestellt, daß nur differierende Auffassungen in die FBs getragen werden und ein bestehender Minimalkonsens der Rückkopplung nicht bedarf.

Zu dem Begriff "Zeitdruck" wurde gesagt, daß sich dieser Druck auf die Großdemo am kommenden Dienstag bezieht und nicht auf die inhaltliche Arbeit, die sofort abgeschlossen werden müsste. Dazu wurde auch erwähnt, daß es an der Zeit wäre, Bündnispolitik in Bezug auf die Menschen zu betreiben, die sich anzuschließen beginnen (Schulen, zweiter Bildungsweg, VHS).

Es wurde auch bekannt gegeben, daß nicht in allen Instituten das Bestehen dieses Gremiums bekannt ist, und deshalb beschlossen, daß dies ausdrücklich in der nächsten Uni-VV gesagt wird. Es wurde ferner berichtet, daß im Besetzungsrat der Vorschlag eines Vetorechts dieser beiden Gremien (Besetungsrat/Inhaltsrat) eingebracht wurde. Bei uns wurde dies jedoch weder inhaltlich noch formal diskutiert. Deutlich wurde, daß der Inhaltsrat keine Inhalte erarbeitet (Arbeit der Institute), sondern nur die Struktur des Forderungskatalogs. Zum Umgang in diesen Gremien wurde von uns, den OSI DelegiertInnen, noch ein Vorschlag eingebracht: Zustimmung und/oder Ablehnung eines Statements durch Klatschen oder ähnliches, damit sich mensch ein "Bild über Konsens" machen kann (WIE DAS ?? - Ist schon lange keine OSI-Praxis mehr, die SäzzerInnen). Es folgte tobendes Klatschen !Dann wurde die Frage aufgeworfen, ob mensch ein Mehrheitssystem festlegt, z.B. 2/3 Mehrheit.

2. Als nächstes wurde der Forderungskatalog besprochen, wobei nichts beschlossen wurde, und wir uns entschlossen zu gehen, da wir weder einen OSI-Beschluß einbringen konnten noch selbst Ideen zur Struktur des Katalogs hatten.

PROTOKOLL VOM INHALTICHEN BESETZUNGSRAT VOM 11.12.

1. In den FBs muß geklärt werden, ob VertreterInnen des Frauen-Plenums und der AusländerInnengruppe im Inhaltsrat stimmberechtigt sind.
2. In der Nacht von Sa. auf So. hat die Demo-Vorbereitungsgruppe unter anderem einen Vorschlag für ein berlin-weites Papier ausgearbeitet, das auf der Demo als Position aller streikenden Bildungsinstitutionen vorgelesen werden soll. Da keine Möglichkeit bestand, Rückkoppelung mit den Fachbereichen zu schließen, fällt dieser Vorschlag flach.
3. Der Vorschlag des Inhaltsrates für einen Forderungskatalog wird als Diskussionsstand am Montag 12.12 in der FU-VV vorgestellt. Bis Mo. 17.00 (Inhaltsrat) sollen Stellungnahmen der einzelnen FBs vorliegen, Verbesserungsvorschläge sollen dann vom IR in den Katalog eingearbeitet werden und spezielle Forderungen der einzelnen Institute können am Ende hinzugefügt werden, falls notwendig auch als Minderheitenvotum. Dieses Produkt wird auf der Demo am Di. als Diskussionsstand der Befreiten Universität vorgestellt. Es wurde vorgeschlagen, VertreterInnen der FB speziell zur Erarbeitung dieses "Demopapers" am Mo. . 17.00 zu autorisieren, weil eine Rückkoppelung an die Fbs dann nicht mehr möglich ist.
4. konkrete Verbesserungsvorschläge für den Katalog:
   - HistorikerInnen: Öffnung der Uni für alle sozialen Bewegungen - raus aus dem Elfenbeinturm Bereitstellung billigen und ausreichenden Wohnraums für alle
   - OAS: Ohne gesamtgesellschaftliche Veränderungen sind evt. Durchsetzungen unserer Forderungen an der Uni auf Dauer nicht haltbar. (Innerhalb der bestehenden Strukturen helfen uns materielle Zusagen nichts).
   - Physiker: Kinderbetreuung
   - Romanisten: Materielle sowie Grundabsicherung aller Bürger-Innen

---

UNI-STERNMARSCH

Am Dienstag (13.12.88) wird ein uniweiter Sternmarsch stattfinden. Beteiligen werden sich vorraussichtlich TU, FU TFH, HdK, SchülerInnen und FHW.Im BesetzerInnenrat wurde unter Zeitdruck (wiedermal) der Ausgangspunkt der FU beschlossen. Sie wird sich am U-BAHNHOF RATHAUS STEGLITZ sammeln! Das Vorbereitungstreffen findet morgen statt.

... MICHEL ...

Eih, das Ding mit dem Bier gestern war echt in Ordnung, Du hast jetzt Maßstäbe gesetzt! Wir warten auf die Fortsetzung ...

V.I.S.D.P.: DIE REDAKTION, INVESTR.21, 1-33

WARUM INGRID STROBL INSTITUT ?

Am 18.12. 87 haben Staatsschutz und Bundesanwaltschaft über 30 Wohnungen in mehreren Städten durchsucht und zwei Frauen verhaftet. Die Aktion richtete sich gegen den hauptsächlich von Frauen getragenen Widerstand gegen Gentechnologie, Bevölkerungs- und Flüchtlingspolitik. Was vordergründig als Erfolg gegen Rote Zora und Revolutionäre Zellen verkauft wurde, hatte als eigentliches Ziel den organisierten und radikalen Frauenwiderstand zu zerschlagen. Ingrid Strobl sitzt als eine der Verhafteten weiterhin in Isolationshaft, Ulla Penselin wurde nach einem dreiviertel Jahr mangels Beweisen freigelassen. Nach vier Frauen wird nach wie vor gefahndet.

Die Rechnung ging aber nicht auf. Eine breite Solidaritätswelle mit den verhafteten Frauen hat zu einer Ausweitung und Radikalisierung des Widerstands geführt.
In der Humangenetik und Bevölkerungspolitik kommt der Versuch der Zurichtung unseres Lebens, vor allem von Frauen, auf die Verwertungsinteressen des Kapitals am deutlichsten zum Ausdruck. Was produktiv ist, soll leben dürfen, was unproduktiv ist, wird als unwertes Leben vernichtet. Die Instrumente hierführ sind § 218, pränatale Diagnostik usw. hier, Zwangssterilisation, Dreimonatsspritze usw. in den drei Kontinenten Afrika, Lateinamerika und Asien. Im Faschismus wurde dies Auslese und Ausmerze genannt.

Ohne Forschung an Universitäten und Kooperationsinstituten wäre diese Politik nicht möglich. Gerade Westberlin und Westberliner Hochschulen werden systematisch als Wissenschaftszentrum für neue Technologien propagiert und ausgebaut. Das Institut für Produktionsanlagen und Konstruktionstechnik (IPK) der Fraunhofergesellschaft, das Doppelinstitut von FhG und TU, das gentechnologische Institut der Max-Plack-Gesellschaft, der Berliner Technologie und Innovationspark (TIP) sind hier nur einige Beispiele. Mit und in diesen Einrichtungen wird versucht, der Krise der Kapitalverwertung zu begegnen, in dem neben verschärfter Ausbeutung neue strategische Sektoren aufgebaut werden, in die wieder produktiv investiert werden kann: Von der Stahl- und Autoindustrie zum vollautomatisierten, menschenleeren High-Tech-Betrieb oder zur gentechnologisch gesteuerten Nahrungsmittelproduktion in der Verfügungsgewalt von Multis wie Shell und Schering.

Auch im sozialwissenschaftlichen Bereich kommt diese Umstrukturierung zum Ausdruck. Ausgeweitet werfen Forschungseinrichtungen, die die Akzeptanz neuer Technologien, Instrumente sozialer und politischer Kontrolle usw. betreiben. Die Reste an kritischer, antikapitalistischer Wissenschaft werden zerschlagen. Die Funktion, die den Sozialwissenschaften im Rahmen dieser Umstrukturierung zugewiesen werden soll, ist als Bindeglied und Vermittlungsinstanz zwischen neuen Technologien, Rationalisierungen, sozialem Angriff einerseits und der Bevölkerung andererseits zu funktionieren.

Dem setzen wir unser Verständnis von Wissenschaft entgegen: Parteilichkeit, Eintreten für Unterdrückte, Bekämpfung der herrschenden Gewaltverhältnisse. Voraussetzung dafür ist die Aufhebung der Trennung von Theorie und Praxis, also auch die Diskussion über Widerstand seine Umsetzung. Genauso wie die kriminalisierten Frauen die Verwertungsinteressen über den Kampf gegen Gentechnologie, Bevölkerungs- und Flüchtlingspolitik angreifen, blockieren wir im Moment die Durchsetzung derselben Interessen durch unseren Streik und der damit verbundenen Aneignung von Uni. Es geht uns um die Ausweitung selbstbestimmter Strukturen in Form von autonomen Seminaren, Arbeitsgruppen, Vollversammlungen und Interdisziplinarität. Wir fordern daher die Freilassung von Ingrid Strobl und laden sie ein, mit uns zusammen diesen Prozeß von Selbstbestimmung aktiv zu gestalten!

SCHLUSS MIT GENFORSCHUNG!

FREIHEIT FÜR INGRID STROBL!

Zur Ingrid Strobl Diskussion

1. Wir wollten uns mit der Malaktion nicht über das Plenum hinwegsetzen. Die Sache ist so abgelaufen, daß nachts, nach viel Diskaschn und so, n paar Leute noch irgendwas machen wollten (um Verwechslungen vorzubeugen, die AG Blinder Aktionismus wurde erst später gegründet). Wie gesagt Tatendrang, na ja und dann eben grooooße leeeere weiße Wand, viel Farbe, wenig Schwindel (!?????) saugeil, also nix wie rauf aufs Dach und gepinselt. Daß es nicht irgendne Parole geworden ist (Für den Kommunismus/ Wer verrät uns nie, die Anarchiiiiie/ Für einen basisdemokratischen Bundestag) oder n Gruß an die Oma in Wuppertal, lag daran, daß der Vorschlag mit Ingrid Strobl letzten Samstag ja breite Zustimmung fand. Warum also nicht... und so. Daß es aber sooooooooo groß wurde, hat niemand gedacht, das hamwer erst nachher gemerkt, und da war der Sekt schon alle.
Das ist jetzt selbstkritisch gemeint, ehrlich

zweitens: Wir meinens aber auch ernst. Wir meinen, daß so ne Namensumbenennung ne Möglichkeit ist, in ne Diskussion über Theorie und Praxis, eben halt auch Widerstand einzusteigen. Selbiger hörte am Ex-Osi ja bei Ebert (im warsten Sinne des Namens) auf. Ringelreihe und die ganz mutigen dürfen auch mal blockieren (halt! aber nur Panzer, keine Seminare). Das ist aber dann schon ganz schön brenzlig, und weil wir ja alle unsern Staat lieben, den Papa Ebert geschaffen hat, und ihm auch immer artig gehorchen, wird sowas "Ziviler Ungehorsam" genannt. Aber bitte immer wissenschaftlich. So sind sie halt unsre Dozies, wer wills ihnen auch verübeln.
Annem politikwissenschaftlichen Institut muß auch über außerparlamentarischen Widerstand diskutiert werden!
Und es sollte eigentlich auch bei allen n Bewußtsein dafür bestehen, wie die staatlichen Institutionen gegen diesen Widerstand vorgehen. Der Kriminalisierung kann nur durchunser kollektives Handeln eine Grenze gesetzt werden. Wer jetzt denkt, eijeijei, ob das jetzt nicht ausgeschlachtete wird/ oder: Damit wollnwer nix zu tun haben, der/die sollte sich mal an die Nase packen und sich fragen, in wessem Sinne er/sie handelt. Wir sollten nicht so ignorant wie einige Profs sein, die nich mal wissen, wer Ingrid Strobl ist.

3. Wenn wir uns über den Namen einig werden sollten, sollten wir auch offensiv damit umgehen, z.B. nächsten Sonntag ne Veranstaltung zu Gentechnologie und Kriminalisierung zu machen (da jährt sich die BKA-Razzia) bzw. der 40-Jahre OSI-Feier unsern Stempel aufdrücken.

DEN EIERTANZ WAGEN

Vielleicht ist es das fünfte oder sechste Papier, das ihr in die Hände kriegt. Mit Sicherheit ist es aber das erste aus der berühmt-berüchtigten linksradikalen Ecke. Aber nur Mut-wir beißen nicht.
Viele Leute aus autonomen Zusammenhängen haben eigentlich mit Unipolitik nicht mehr viel zu tun, obwohl viele hier noch rumhängen, Seminare abreißen oder in Bibliotheken sitzen. Im politischen Mittelpunkt stehen vielmehr Bereiche, in denen wir von jeher einiges an Stärke entwickelt haben: Frauenkämpfe, Anti-AKW, Häuser- und Mietkämpfe, Internationalismus. Trotzdem machen hier jetzt viele mit,weil wir natürlich genauso ein Interesse an besseren Studienbedingungen haben und für uns auch mit anderen Leuten zusammen eine Position zu Hochschule und zu Politik an der Hochschule entwickeln wollen.

Wir alle haben uns zusammen eine lebendige Bewegung geschaffen. Besetzungen, Streiks, Demos, Vollversammlungen, Plena, AG`s, autonome Seminare usw. sind ein Ausdruck dafür, was es an Bedürfnissen nach basisdemokratischen Strukturen und selbstbestimmten Freiräumen gibt. Das, was hier lange Zeit Hochschulpolitik bestimmt hat, nämlich seine/ihre Interessen an irgendwen zu delegeiren und damit in Gremien, hochschulpolitischen Gruppen oder sonstigen Institutionen Stell-vertreterInnenpolitik zu machen, ist hier praktisch über Nacht von unten überrollt worden. Das finden wir total geil, weil die Entwicklung von Strukturen, die nicht an uns vorbeigehen, nur außerhalb oder gegen überkommene Institutionen geschehen kann. Kollektivität und Selbstbestimmung sind hier keine Phrasen mehr, sondern konkrete Erfahrung.

Es ist natürlich klar, daß Organisationsstrukturen für sich allein nicht stehen
können, die Entwicklung eigener Vorstellungen und Positionen ist gefragt und die
Auseinandersetzung darum, wie wir sie durchsetzen können. Uns geht es dabei nicht
alleine um die Studienbedingungen. Wir fordern vom Senat nicht mehr Kohle, um
danach als ManagerInnen oder AkzeptanzforscherInnen andere ausbeuten oder unter-
drücken zu können. Und betroffen von sozialer Umstrukturierung sind wir nicht
nur als Studies, sondern auch als Wohnungssuchende und Krankenversicherte, und
nicht nur wir. Wir wollen nicht die Eliten von morgen sein, sondern heute das
bekämpfen, was diese Eliten, bzw. die herrschenden Verhältnisse mit hervorbringt:
Hochschule ist, sowohl was die ökonomische Verwertung als auch die Ausbildung
politischer und wirtschaftlicher FunktionsträgerInnen angeht, nach wie vor Eck-
pfeiler dieser Gesellschaft. Multis wie Schering können hier durch Kooperation
mit der Uni, etwa in Form von Aninstituten, auf billigste Art und Weise auf Grund-
lagenforschung zurückgreifen, die sie sonst selber finanzieren müßten. In dieser
Hinsicht gibt es einen breiten Konsens zwischen Unternehmen, politisch Verantwort-
lichen und Unileitung. Dieser Konsens ist die berühmte "Export- oder Weltmarktfä-
higkeit " der BRD-Wirtschaft. Das ist nicht weit hergeholt. Vor zwei Jahren wurde
z.B. am LAI nach möglichen, d.h. profitablen Standortfaktoren für VW do Brasil
geforscht. In der Lehre taucht sowas natürlich nicht auf. Die Lehre, das ist für
die "Uni-Reformer" für die Struko, für Turner, Heckelmann und wie sie alle heißen,
purer Ballast. Teuer, kaum verwertbar und politisch manchmal unangenehm. Die
eigentliche Macht über die Hochschule liegt nicht bei der Unileitung, selbst wenn
sie es wollte, sondern beim Wissenschafts- und vor allem Finanzsenat. Und Papa
Staat hat keene Kohle, weil Krise und so. Und die, die er hat steckt er nicht
in kritische Wissenschaft oder Lehre, nicht in bevölkerungsorientierte Gesundheits-
politik und nicht in Wohnungsbau, sondern in Rüstung, Gen- und Reproduktionstech-
nologien, in profitträchtige Wirtschaftssektoren und gewinnbringende "Entwicklungs-
projekte". Das heißt auch, daß wir die Grenzen, von Forderungen, die sich an
die falsche Adresse richten. Die jetzige Bewegung darf zu keiner Ein-Punkt-Bewegung
erstarren!

Das, was Jahr für Jahr zurückgedrängt, aufgelöst oder gestrichen wurde, sind Sachen, die sich Studies erkämpft haben. Nicht die Drittelparität hat die damalige StudentInnehbewegung möglich gemacht, sondern der Kampf der Studies das Zugeständnis an Mitbestimmung. Reformen sind immer nur Zugeständnisse, die dann wieder zerschlagen werden, wenn der Kampf um Veränderung nicht weitergeht und sich ausweitet. Die ursprünglich fortschrittlichen Gedanken eines damaligen Hochschulrahmengesetzes haben sich bis zu seiner Verabschiedung 1977 ins reaktionäre umgekehrt. Das gleiche gilt für Profs. Die bieten sich als BündnispartnerInnen immer dann an, wenn von Studieseite aus Druck entwickelt wird. Sonst erweisen sie sich immer wieder als die BündnispartnerInnen der anderen Seite. Wir denken von daher, daß es für uns eine Perspektive, daß politischer Druck nur gegen die Institutionen und VertreterInnen des herrschenden Wissenschaftsbetriebs entwickelt werden kann. Das heißt, wir sollten auf keinen Fall, den Weg, den wir bisher gegangen sind, aufgeben. Versuchen wir weiterhin unter uns unsere Vorstellungen und Utopien zu entwickeln, greifen wir weiter Themen auf, die in der herrschenden Lehre keinen Platz haben. Wir wollen unsere Inhalte und die Art und Weise, wie wir uns darüber auseinandersetzen, selber bestimmen. Wir haben oft genug erlebt, daß Profs und Kollektivität wie Faust aufs Auge ist.

Natürlich werden das die Herrschenden nicht zulassen wollen. Es wird Verhandlungen geben oder auch kleine Zugeständnisse. Die Absichtserklärungen bei ihrer "Wannseekonferenz" waren davon ein kleiner Vorgeschmack. Es ist das Ziel von Heckelmann aber auch von allen anderen, die Teil des herkömmlichen Unibetriebs sind, so schnell wie möglich zur Tagesordnung überzugehen. Aber warum sollen wir freiwillig den Raum wieder hergeben, den wir uns in der letzten Woche erkämpft haben. Und falls es manche wirklich ernst meinen mit Solidarität, dann sollen sie Fakten schaffen, das ist uns wichtiger als Lippenbekenntnisse. Wenn wir unsere Milliarde wirklich gekriegt haben, und sie auch dahin fließt, wo wir es wollen, dann können wir mit Heckelmann und Turner ein date machen: Um ihnen zu ihrer Absetzung zu gratulieren oder uns ganz artig zu bedanken

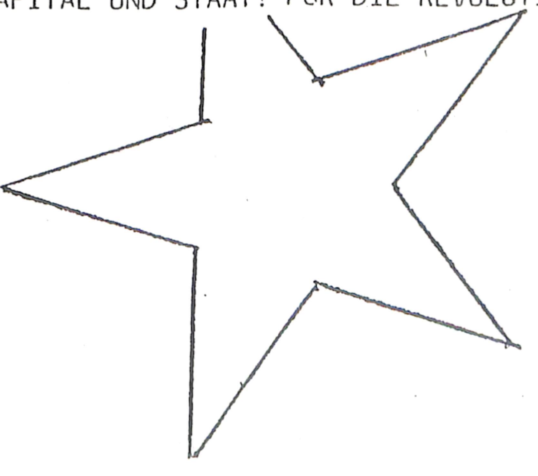
Sie wollen unseren Widerstand begrenz halten oder ihn auf einzelne Punkte reduzieren wollen. Wir müssen ihn ausweiten und ihn in Zusammenhang mit anderen sozialen Konflikten in der Stadt bringen. Davor haben sie Angst, deshalb haben sie die Podbielskiallee 2 doch geräumt. Doch die Solidarität mit dem besetzten Haus hat gezeigt, daß der Zusammenhang von Uni-Umstrukturierung und der sozialen Lage in anderen Bereichen längst in unseren Köpfen ist.

WEITEN WIR AUS WAS WIR UNS ERKÄMPFT HABEN: SELBSTBESTIMMTE UND KOLLEKTIVE STRUKTUREN!

KEINE DISKUSSION MIT VERTRETER/INNEN DES HERRSCHENDEN WISSENSCHAFTSBETRIEBS!

DER KAMPF UM BESSERE BEDINGUNGEN AN DER UNI IST AUCH DER KAMPF UM BESSERE BEDINGUNGEN IN ALLEN LEBENSBEREICHEN

KEINE FORSCHUNG FÜR KAPITAL UND STAAT! FÜR DIE REVOLUTIONÄRE VOLKSUNI!





Wenn der RCDS eine Resolution unterstützt, muß sie falsch sein!

Deshalb hier eine kurze Kritik an der am letzten Mittwoch von der VV verabschiedeten Resolution:

- "Schaffung neuer Stellen und Verbesserung der Ausstattung der TU zur Sicherung der Lehre."

Wie bitte? Welche Lehre soll denn hier gesichert werden? Etwa die Ausbildung von Ingenieuren für die Interessen der Firma Siemens und Co. Gilt es denn zu sichern, daß Ingenieure an der TU lernen, wie optimal rationalisiert wird, wie optimal die Umweltzerstörung auf das 'notwendige Restrisiko' beschränkt werden kann - nach dem Motto: Erst vergiften und verstrahlen und dann mit Gentechnologie kompensieren. Oder geht es darum, zu sichern, daß an der TU Führungskader für die '3. Welt' gezüchtet werden, die zur weltweiten Durchsetzung der deutschen Kapitalinteressen taugen.

- "praxisorientiertes und selbstbestimmtes Studium in gesellschaftlicher Verantwortung."

Welche Praxis? Welche Gesellschaft? Die Forderung ist so entweder eine Auforderung an Wissenschaftler, unabhängig von den realen Zwecken der heutigen Gesellschaft Rückrat zu zeigen, und z.B. nicht Atombomben zu erfinden, oder sie zielt auf die Umwälzung dieser Gesellschaft, dann könnt ihr auf uns zählen.

- "elternunabhängiges BAFöG für alle."

Besser: Einkommensgleiche Eltern für alle. Und: Warum glaubt ihr eigentlich immer, daß es speziell den StudentInnen schlecht geht? Das haut doch nur über den Vergleich mit dem, was ihr später mal verdienen wollt, hin. Es gibt auch Nichtstudenten in Berlin, und das Rollback ist umfassend: Kürzungen von Sozialhilfe, Lohnabbau etc.

- "Bezahlbarer Wohnraum für alle. Wiedereinführung der Mietpreisbindung."

Ernstgenommen heißt 'bezahlbarer Wohnraum' dasselbe wie Abschaffung des Profits der Hauseigentümer. Denn bezahlbar ist eine Wohnung eben genau dann, wenn der Profit wegfällt. Die Mietpreisbindung ergibt sich dann auch. Richtig muß die Forderung also heißen: 'Abschaffung des Privateigentums an Häusern und Wohnungen.'

- "Schaffung einer gerechten, an PatientInnen und Vorsorge orientierten Gesundheitspolitik."

Wo kommen denn die Krankheiten alle her, für die gerecht gesorgt werden soll? Berufskrankheiten kommen vom Beruf. Und das liegt nicht an der Arbeit selbst, sondern an den gesellschaftlichen Bedingungen unter denen gearbeitet werden muß. Und dann gibt es noch Umweltkrankheiten, Zivilisationskrankheiten usw.

- "Schluß mit den scheindemokratischen Gremien. Drittelparität in allen Gremien."

Wäre es beim ersten Satz geblieben, wäre es ja schön, aber: Wieso Drittelparität? Gremien sind dazu da, die Uni zu organisieren und zu verwalten. Wer vorhat in den Gremien gegen die Uni zu arbeiten, sich gegen Kapiatlinteressen einzusetzen, der sollte sich doch lieber gleich den Umweg über die Gremien sparen. Wer in den Gremien der TU, so wie sie in dieser Gesellschaft funktioniert, nützlich sein will, der...

Es gibt keine gesellschaftsneutrale Wissenschaft/Forschung. Was und wie geforscht und gelehrt wird, richtet sich nach den Interessen derer, die Forschung und Lehre institutionalisieren - also Staat und Industrie.
D.h. geforscht wird, was zur Aufrechterhaltung ihres Herrschaftssystems beiträgt und finanziell maximal verwertbar ist. Seien es Kooperationsverträge mit Schering im Gentechnologiebereich, Aninstitute, Technologieparks oder den Frau nhoferinstituten, die direkt für die Bundeswehr im Bereich der Rüstungsforschung an der Uni aktiv sind.
Das ist ihre Sprache: Wissenschaft als Herrschaftssicherung. Wer dies außeracht läßt, bewegt sich damit in dem von Fricke/Heckelmann/Turner/Möllemann abgesteckten Sandspielkasten. Nicht umsonst rufen sie nach finanziellen Sofortmaßnahmen, da die Qualität der Lehre/Forschung in Gefahr sei. Da darf dann sogar der RCDS in den Reigen miteinstimmen und eine Resolution unterstützen, solange in der Resolution nicht Verantwortliche und Ursachen benannt werden.

Doch unser Unmut sitzt tiefer und hat sich nicht erst in den letzten Monaten angestaut. Wer als Maximalforderung, wie in der ersten Resolution, lediglich ein paar Stellen mehr fordert, fordert nichts weiter als bessere Verwertungsbedingungen für's Kapital.
Unsere Forderungen nach einer besseren Lehre decken sich nicht mit denen von Senat und Professorenschaft. Auf eine bessere Lehre mit denselben Inhalten ist geschissen. Aber auch eine Modifikation der Inhalte ohne Veränderung unser Lebensumstände ist inakzeptabel. Und hier setzt unser nächster Kritikpunkt an der Resolution an.
Es gibt nicht nur uns als 'Studenten'.
Wenn es uns ernst ist mit unseren politischen Forderungen, müssen wir wegkommen von dem Denken, uns als besondere Gattung innerhalb dieser Gesellschaft zu begreifen. Raus aus dem Universitätsghetto! Ausgehend von unserer Situation heißt das, Bezug nehmen auf andere und gemeinsam handeln. Gesundheitsreform, künstlicher Wohnungsmangel, BAFöG-Misere/ Lohnabbau/Sozialkürzungen sind keine studenten-spezifischen Probleme, sondern gehen alle an. Gegeneinander ausspielen tun uns die Herrschenden eh, machen wir es nicht auch noch leicht.

Damit wir uns recht verstehen, wir haben die Weisheit auch nicht gepachtet.
Unsere Kritik an der Resolution richtet sich teilweise gegen den Inhalt, teilweise aber auch gegen den Zeitpunkt. In einem Moment, indem die Bewegung an der TU gerade im Aufschwung begriffen ist und die Wut der Leute tief sitzt, wird versucht, die Leute auf ein paar platte Forderungen zu vereinheitlichen. Diesen Forderungen sieht man den Warenhauscharakter für kommende Verhandlungen auf den ersten Blick an. Besser wäre es, jetzt erstmal die Aktionen und die Diskussion über die Ursachen der Wut voranzutreiben. Wir müssen uns die Zeit und die Freiräume erstmal nehmen, um den vielfältigen Ursachen der Wut gemeinsam und solidarisch auf die Schliche zu kommen. Dafür halten wir die Resolution der Architekten als Grundlage für deutlich besser geeignet.

Unser U nmut sitzt tief und hat sich nicht erst in den letzten Monaten angestaut. Diesmal lassen wir uns nicht so billig abspeisen, nur damit der Forschungsstandpunkt Berlin attraktiv bleibt.

Bereiten wir Fricke und Co schlaflose Nächte!

Soll das alles sein?

Unter den streikenden StudentInnen gibt es zur Zeit Forderungen, wie "Trennung von Universität und Industrie" oder "Autonomie statt Industrie". D.h. Loslösung der Forschung von industrieller Einflußnahme, finanzielle Sicherung der Lehre unabhängig von der Industrie und Neuformulierung der Lehrinhalte und Lehrformen.
Diese Forderungen ernstnehmen heißt: Umwälzung der bestehenden Verhältnisse.

Die Verquickung von industriellen und "rein" wissenschaftlichen Interessen findet ja nicht nur in der Forschung (Aninstitute) und in der Finanzierung der Hochschulen (Drittmittel) statt, sondern viel wesentlicher ist der Punkt, wofür und mit welcher Zielsetzung StudentInnen ausgebildet werden. Und es liegt auf der Hand: StudentInnen werden für die höheren Berufe, für die mittleren und gehobenen Führungspositionen in Staat und Industrie ausgebildet.

Nun gut, das werden die, die "Autonomie statt Industrie" fordern, auch wissen. Und sie werden ebenfalls wissen, was der Inhalt der höheren Berufe ist: die Verwaltung und Organisation in der kapitalistischen Gesellschaft, deren Reichtum sich ausschließlich über die Ausbeutung fremder Arbeitskraft herstellt. Konsequenzen wie Arbeitshetze, Umweltzerstörung und fortschreitende Verelendung - hier und in der'3. Welt'- sind die zwangsläufige Folge.

Das hierzulande Arbeitslose, Obdachlose und Sozialhilfeempfänger produziert werden und in der '3. Welt' - mittels deutschen Kapitals - Hunger und Elend, liegt allerdings nicht daran, wie die heutige Führungselite an Universitäten ausgebildet worden ist. Es liegt doch nicht am Bewußtsein der Führungskader - wie man an SPD und AL sehen kann - was sie organisieren.
Auch ein linker Unternehmer kann sich den Zwängen des kapitalistischen Marktes, den Gesetzen der Konkurrenz nicht entziehen. Auch ein kommunistischer Parlamentarier kann an den Zwecken staatlicher Gewalt nichts ändern.

Die Forderung nach "Trennung von Universität und Industrie", begleitet von Forderungen nach anderen Inhalten der Lehre (Feministische Frauenforschung, Faschismusforschung) und anderen Formen der Lehre (autonome Seminare, etc.), zielt auf eine Veränderung des Bewußtseins, ohne an der Welt etwas verändern zu wollen.
Es zielt darauf ab, das Elend besser zu verwalten und nicht es zu beseitigen.

Solange eure Forderungen sich im Rahmen des Erlaubten bewegen, solange ihr Reformen wollt, werdet ihr die Gründe, die euch bewegen die Reformen zu fordern, nicht beseitigen. Es ist Illusion, die Hochschulen zu einer kapitalismusfreien Enklave machen zu wollen, da sie vom Staat zum Zweck der Produktion von Führungskadern im Kapitalismus eingerichtet und aufrechterhalten werden. In den Universitäten können sich daher auch nur die bestehenden Verhältnisse wiederspiegeln.

Andere Universitäten sind nicht genug, es braucht eine andere Gesellschaft. Das klarzumachen und zu organisieren ist die Aufgabe.



Unzufrieden? Wir auch!

Einladung zur Diskussion

Wir sind mit Verlauf und Inhalt des Streikes nicht zufrieden. Um einen vernünftigen Umgang damit zu finden, wollen wir Ziele und Aufgaben für eine verantwortliche linke Politik diskutieren. Die Vorlage dazu steht links (intern heftig umstritten), eine der verschiedennen Gegenpositionen steht rechts (auf dem Papier). Handeln wollen wir trotzdem möglichst zusammen.

Da es nicht möglich war, autonome Positionen in diesem Papier klar darzustellen, können wir es auch nur teilweise tragen. Es stellt sich insgesamt dennoch die Aufgabe, Strukturen, wie sie in anderen Teilbereichen schon bestehen, gerade innerhalb der Universitäten jetzt in Ansätzen zu verwirklichen. Wir fordern alle, die sich in grundsätzlichem Widerspruch zu Uni/Staat befinden auf, sich nicht auszuklinken und das Feld den Reformern und Politprofis zu überlassen, sondern die Chance jetzt zu nutzen, uns zusammenzufinden, zu diskutieren und uns zu organisieren.
Revolutionäre Gegenmacht aufbauen heißt, die Herrschaftsstrukturen und die Verwertungsbedingungen des Kapitals an allen Ecken und Enden anzugreifen und zu blockieren. Gerade in den Universitäten. Nichts vergessen, lernen, Kämpfen! Den Widerstand in ihre Zentralen tragen!

Ort : TU-Architekturgebäude, direkt am Ernst-Reuter-Platz
Raum: 174
Zeit: Dienstag, 13.12. (heute), 18 Uhr 30

STREIK AN DEN UNI's ! STREIK AN DEN SCHULEN ?!!

Seit einiger Zeit streiken tausende von Studenten an den Universitäten.
Dieser Streik bedeutet nicht, daß die studenten nichts machen, sondern daß sie ihre Seminare (Unterricht) selbstbestimmt, mit eigenen Inhalten, ohne die Professoren abhalten.

Unter anderem betreffen auch die Ursachen der studentischen Proteste uns, die SchülerInnen, bereits seit längerem :

- dem Staat unbequeme LehrerInnen werden durch Disziplinarverfahren und Zwangsversetzungen eingeschüchtert.
- die der Schule unbequemen SchülerInnen werden "gegangen".
- die SchülerInnen werden durch Zensurenterror unter massiven Druck gesetzt. (die Selbstmordrate steigt nach Zeugnissen)
- aufgrund steigender Wohnungsnot (und staatl. Familienpolitik, der Setzer) bekommen vor allem SchülerInnen keine eigenen Wohnungen.
- den SchülerInnen wird die Mit- oder gar Sebstbestimmung an der Schule verwehrt.
- der Senat bestimmt die Lerninhalte durch den Rahmenplan, d.h. wichtige Themen (wie z.b. die Zeit des Nationalsozialismus) werden demnächst weniger behandelt.
- das Unterrichtsmaterial wird zensiert (z.b. wurden 14 Filme der Landesbildstelle verboten)
- die Materialien für den Unterricht müssen in immer höherem Maße selbst bezahlt werden
- es werden zu wenig Kurse angeboten, wodurch die wenigen Angebotenen oft überfüllt sind
- da es eine Regelung für eine Mindestanzahl von SchülerInnen in Klassen gibt ,sind diese oft überfüllt. (KLassen mit über 30 SchülerInnen sind daher kein Seltenheit)
- der LehrerInnenmangel wird nicht durch Neueinstellungen sondern durch Verringerungen der Stundenzahl beseitigt.
- die Stundenzahlkürzungen werden vorgenommen, während die Stoffmenge die gleiche bleibt.

Dieses unerträgliche (Schul-) System kann und soll abgeschafft werden.
Wir wollen selbstbestimmt leben & lernen !!!!!!

Das heißt für uns :
- freiwillige Lerngruppen bilden.
- Abschaffung der Schulpflicht.
- freie Wahl des Unterrichtsinhaltes.
- eigenständige Wahl der Unterrichtseinheiten.
- selbst zu entscheiden, von wem, womit und wie mensch etwas lernen will.
- abzuschaffen ,daß Leistungen bewertet werden.

"SOLIDARITÄT IST DIE ZÄRTLICHKEIT DER (METROPOLEN-?) VÖLKER" (?) - IST "DIE" SOLI-BEWEGUNG NARZISSTISCH?

Das folgende Papier basiert z.T. auf der Diskussion zwischen ein paar Frauen, die im Winter 87/88 in einer Brigade in der Kaffeeernte in Nicaragua gearbeitet haben. Die Erfahrungen und v.a. die Widersprüche, mit denen uns der Aufenthalt dort konfrontiert hat, sollen hier formuliert und weitergegeben werden.
Wir sind aus individuell unterschiedlichen Motiven und mit voneinander verschiedenen Vorstellungen dorthin gefahren, die Zweifel an unserem Handeln waren uns schließlich gemeinsam.
Unsere Brigade bestand weitgehend aus Einzelpersonen, die quer aus der BRD, aus einem sehr breiten politischen Spektrum und nicht direkt aus der - aktiven - Solidaritätsbewegung kamen. Die Vorbereitung war mit sechs Wochenenden zumindest unter zeitlichen Aspekten betrachtet verhältnismäßig intensiv - und dennoch unzulänglich. Das war bereits hier in der BRD deutlich und sollte sich auch später in Nicaragua zeigen. Wir fragen uns heute, ob sie hier unter den gegebenen politischen Umständen überhaupt den Erfordernissen entsprechend geleistet werden kann.
Wir waren insgesamt ca. zweieinhalb Monate in Nicaragua, haben sechs Wochen in der Kaffeeernte gearbeitet, ein einwöchiges Polit-Programm absolviert und sind noch ein bißchen herumgereist.

"Die Massenmobilisierungen auf dem Land, vor allem 1964, sind die einzigen, die im Laufe der ganzen Zeit erreicht werden konnten. Vorher und nachher hat es Erfolge unserer Arbeit auf dem Land gegeben, aber diese haben vor allem darin bestanden, Brückenköpfe unter ausgewählten Campesinos zu konsolidieren. Das darf auf keinen Fall mit der Mobilisierung von Tausenden von Campesinos verwechselt werden." (Carlos Fonseca 1976, einen Monat vor seinem Tod)
Diese zwar schon ältere Einschätzung der politischen Situation benennt trotz ihres "Alters" die Bedingungen auf dem Lande, denn eine "Mobilisierung von Tausenden von Campesinos" und Campesinas (!) hat es auch später nicht gegeben.
Sie waren weit weniger intensiv in den Kampf gegen Somoza einbezogen als die verschiedenen Teile der städtischen Bevölkerung.

Dies zu den Hintergründen.

Über Sinn und Unsinn der Solidaritätsarbeit mit/in den trikontinentalen Ländern ist in den letzten Jahren immerhin schon einiges geschrieben worden. Auswirkungen in der Praxis hatte dies kaum. So beschleichen einem beim Schreiben leise Zweifel über den Nutzen eines weiteren Textes.
Wer sollen die AdressatInnen eines kritischen Debatte der (in diesem Fall: Nicaragua-) Solidaritätsarbeit sein? Die Soli-Bewegung? Die ist so heterogen zusammengesetzt, daß sie kaum auf einem Nenner zu fixieren ist; auffälligerweise ist die Praxis der politischen Arbeit zu Nicaragua kein Spiegel des unterschiedlichen politischen Selbstverständnisses. Der Bogen der Aktivisten spannt sich zwar von sich radikal links, revolutionär Einstufenden über DKP, DGB bis zu kirchlichen Kreisen. Die Konzepte und Projekte aber sind sich sehr ähnlich.

Darüberhinaus ist die Beteiligung an Brigaden und anderen, weniger personalaufwendigen Projekten häufig eine mehr oder minder individuelle Entscheidung von Einzelpersonen, die von den jeweiligen Organisationen zu Gruppen organisiert nach Nicaragua fahren und die Arbeit dort in den seltensten Fällen in konkretem Bezug zur politischen Arbeit hier steht.
"Das Brigadenkonzept, das seit 1983 von der Solidaritätsbewegung getragen wird, hat bis heute primär das Ziel, Nicaragua durch den Einsatz unserer Arbeitskraft materiell und durch unsere Anwesenheit ideell zu unterstützen und unserer Solidarität auch dort praktisch Ausdruck zu verleihen..." hatten wir in einer gemeinsamen Presseerklärung formuliert. So oder so ähnlich platt und allgemein ist dieser Auszug repräsentativ für die pauschalen Begründungen für Nicaraguareisen, die alles und nichts aussagen, für jedes Projekt dort gelten können und weder die Arbeit dort noch hier genauer definieren geschweige denn in Bezug zueinander, den Bedingungen in der Metropole und in der Peripherie setzen.
Gerade die Nicaragua-Solidaritätsarbeit hat eine Eigendynamik entwickelt, die es schwer macht, die Handelnden pauschal an ihrem politischen Hintergrund festzumachen. Die Soli-Bewegung zu kritisieren,ist deshalb von einem revolutionären, d.h. die Umwälzung der Verhältnisse hier in den Mittelpunkt stellenden Standpunkt schwierig, weil dies gar nicht ihr verbindender Punkt ist.
Schwierig ist auch aus der Diffusität der Perspektiven hier heraus konkrete und präzise Alternativen und Kriterien zu benennen. Der Mangel an einem gemeinsamen Internationalismusverständnis schlägt sich auch hier nieder. Und wenn frau etwas kritisiert, möchte sie auch gern Lösungsvorschläge präsentieren. Wir können gleich sagen, daß wir die nicht haben, daß dies alles nicht mehr als ein Anstoß zur Diskussion sein kann. Und gerade weil die Infragestellung des eigenen Handelns etwas aus der Mode gekommen ist, halten wir daran fest, daß wir als politische Menschen unsere Theorie und Praxis immer wieder hinterfragen sollten und daran, daß falsche oder fragwürdige Sachen nicht richtiger werden, indem wir es ignorieren und einfach darüber hinweggehen. Um es gleich vornweg zu sagen: Wir haben mit diesem Papier nicht den Anspruch verbunden, eine umfassende Analyse der Soli-Bewegung und ihrer Geschichte zu leisten.

Metropolenkinder in einem trikontinentalen Land

Fassen wir zunächst mal die Widersprüche und Merkwürdigkeiten zusammen, die der konkreten Arbeits- und Lebenssituation der Brigade in der Kaffeernte entspringen

- Große Gruppen in einem fremden Land, mit ungewohnten Lebensbedingungen,konfrontiert mit einer riesigen kulturellen Kluft entwickeln eine "sonderbare" Eigendynamik: Sie dominieren durch ihre Größe (weil Individuen in größerer Anzahl "stärker" sind) und verändern die gewohnte Situation der dort lebenden Menschen; sie neigen zur Abschottung, entwickeln ein introvertiertes Eigenleben, in dem sie sich vornehmlich mit sich selbst beschäftigen, sind von außen schwer zugänglich.
- Dies sind Allgemeinplätze, die für jede Gruppenreise gelten können, aber dennoch erwähnenswerte Voraussetzungen, begleiten sie doch - unausgesprochen - jeden Brigadeneinsatz. Und erst so - als große Brigade - können sie die ganze Dekadenz der westlichen Kultur transportieren. Daran ändern auch die unterschiedlichen Nivellierungen in der Erscheinungsform nichts. Wir haben uns oft amüsiert und aufgeregt über die Penetranz der Yankees, Kanadier etc., weil die's in unseren Augen zu doll getrieben haben. Aber sind wir weniger dekadent, weil wir ja so feinfühlig und zurückhaltend sind? Auch unsere Mülltonne wurde von den Nicas auf Brauchbares hin untersucht- und auch wir nahmen für uns Dinge als lebensnotwendig in Anspruch, die sie vermutlich niemals haben werden.

Es kann nicht darum gehen, die materiellen Widersprüche zwischen den Metropolen und dem Trikont auf diese Weise in unseren Köpfen zu glätten; sie existieren und auch wir transportieren sie, selbst wenn wir uns noch so sehr um "Zurückhaltung" bemühen. Letztere zur sog. adäquaten Verhaltensweise stilisiert, hat die Funktion der Gewissensberuhigung und gerinnt zur taktischen Verhaltensweise, die schließlich das "sanfte Eindringen" ermöglicht und "legitimiert".

- Das Innenleben der Gruppe war nicht zuletzt neben den politischen Gegensätzen von der Konfrontation mit dem trikontinentalen Mangel geprägt. Die Umstellung von metropolitanem Überfluß und Konsum war ein sich zwar unterschiedlich äußerndes, aber nichtsdestotrotz das Verhalten erheblich beinflussendes Problem. Daß es Klassengegensätze auch in Nicaragua gibt und für die, die ihn bezahlen können ein, wenn auch beschränkter Konsum möglich ist, haben wir beinahe täglich unter Beweis gestellt.
- Wir haben selten darüber nachgedacht und nie darüber diskutiert, daß sich gesellschaftliche Gegensätze immer in erster Linie materiell äußern und sich auch nicht automatisch ideell überbrücken lassen. Genau dies erwartete aber ein großer Teil unserer Brigade: Daß " die Nicas" unsere Solidarität, unseren freiwilligen Einsatz "für Nicaragua" honorieren und uns z.B. nichts klauen. Daß wir es nicht genug sein ließen, mit unserer "kärglichen" Ausrüstung ohnehin für dortige Verhältnisse "reich" zu sein, sondern obendrein noch 2500 Dollar im Kaffeefeld liegen ließen, die dann prompt mit einem Zufallstreffer geklaut wurden, ist vielleicht eine Ausnahme. Aber sie ist auch der überspitzte Ausdruck des Mangels an Reflexion der Unterschiedlichkeit der Lebensverhältnisse. (Dieser Betrag ist für Landarbeiterinnen in Nicaragua eine unvorstellbare Summe. Hoch gegriffen verdienten sie 20 Dollar im Monat zum damaligen Zeitpunkt, d.h. es waren mindestens 125 Monatslöhne, die wir da einfach so herumliegen ließen. Das hat sich natürlich unheimlich schnell herumgesprochen und konnte nur als Freibrief verstanden werden. Hinzu kam, daß im Selbstlauf ein Typ als Täter denunziert wurde, bei dem nichts gefunden wurde und von dem niemand wirklich sagen kann, ob er es war oder nicht. Ganz unabhängig davon wanderte er in den Knast - wo er vermutlich heute noch sitzt. Dies bekümmerte einige von uns wenig, denn die Justiz in Nicaragua ist ja viel besser als die in der BRD, im Knast deshalb auch viel schöner und außerdem: "wenn das jeder machen würde"...!
Ich will hier der Vollständigkeit halber anfügen, daß selbst die sandinistische Regierung erhebliche Zweifel an der Funktionsfähigkeit ihres Justizsystems hegt, die Überschreitung von Kompetenzen und Korruption zu beklagen hat...

Wir selbst kennen Armut in aller Regel nur vom Hörensagen, aus der Theorie und obwohl Klauen für viele von uns mehr oder weniger zum Alltag gehört, erwarten wir von den Leuten dort, daß sie unseren Besitz als persönliches Eigentum achten, aus moralischen Gründen sozusagen. Genauso betrübt es die Sinne der metropolitanen Helferinnen, daß die Nicas mit denen wir für ein paar Wochen zusammen leben und arbeiten häufig am meisten interessiert, was wir da lassen, was da materiell rüberkommt. Erstens ist das aus der mangelhaften Versorgung ja nicht mehr als logisch und zweitens doch letztlich eine Konsequenz aus dem massenhaften Auftauchen von Menschen aus den kapitalistischen Zentren, die eben so viel haben, daß sie leicht caritativ sein können und großmütig Dinge zurücklassen oder verschenken, die sie nicht mehr brauchen, die sie sowieso wegschmeißen, die aber für die Menschen dort von unglaublichem Wert sind.
All die Leute, die von allem zuviel haben, das sind doch letztlich auch wir selbst. Und damit sind es auch wir selber, die solche Verhaltensweisen produzieren, auch wenn wir noch nie vorher in Nicaragua gewesen sind. Wir kommen doch als Mitgliederinnen dieser einen großen Solidaritätsbewegung - oder nicht? Weshalb dann die Enttäuschung oder gar Empörung?

Manche mögen diese Dinge banal und nebensächlich finden, sie weisen aber auch auf einen zentralen Kritikpunkt an der Solidaritätsarbeit hin: Die Ausschließlichkeit mit der jede/r, jede Gruppe ihre Arbeit, ihr Projekt diskutiert und ausführt, ohne sie in Bezug zu setzen zu dem großen Rahmen, in dem sie steht. "Das Land gegen die imperialistische Aggression unterstützen" ist die wohlwollende allgemeine Haltung mit der die meisten dorthin fahren. Sie impliziert nur äußerlich ("nicht den Wohlstand raushängen lassen") auch ein Nachdenken darüber, was die vielen Unterstützerinnen an kulturellen Gegensätzen mitbringen. Da der Widerstand in den Metropolen nicht gerade zu den ausgeprägtesten zählt und der Großteil der nach Nicaragua Kommenden eher dem Mittelstand zuzuordnen ist (welcher durchschnittliche Proletarier kann sich die Reise auch leisten?) und - das sollten wir nicht verhehlen - ja auch dorthin fährt, um der öden Perspektivlosigkeit der Metropole zu entfliehen, ist der relative Reichtum das augenscheinlichste Moment, das wir dort darstellen. Wir verkörpern sozusagen die gute Seite des Kapitalismus - und damit einen schlechten Film.

Alle Versuche, auch nur Bruchstücke des (Arbeiterinnen-) Alltags in den kapitalistischen Zentren zu vermitteln und vorstellbar zu machen, die Folgen extrem verdichteter, taylorisierter Arbeit, psychisches und physisches Elend, Isolation und Individualisierung etc., etc. sind angesichts der extremen Unterschiede zum Scheitern verurteilt. Auch die existenziellen Probleme können nur auf der Schattenseite unsichtbar bleiben. Übrig bleibt, was an uns ja sichtbar wird: Daß wir -in Nicaragua- mehr als genug Geld haben, daß die materielle Situation demgemäß hier auf jeden Fall besser ist als dort.
Ich vermag nicht zu sagen wie dieser trikontinentale Blick auf die Metropolen aussehen würde, hätten wir hier ausgeprägte Kämpfe gegen die Ausbeutung und Unterdrückung hier, ich weiß nur, daß er anders aussähe, daß sich darin der innere Zusammenhang der verschiedenen Ausbeutungsbedingungen ausdrücken könnte/würde.

- "Grundlage für unsere Solidarität ist (...), trotz der Existenz von Widersprüchen und Fehlern der sandinistischen Regierung, einen revolutionären und damit emanzipatorischen Prozeß zu unterstützen. Darüberhinaus ist es unser Ziel, die Bedingungen dieses Prozesses in Nicaragua selbst kennenzulernen " schrieben wir in unserer Presseerklärung. Letzteres haben wir, wenn auch nur von außen. Allerdings ist die Erfahrung einer konkreten Situation immer eindrucksvoller als das abstrakte Wissen um Bedingungen.
Was in obigem Zitat zwar nicht explizit ausgedrückt ist, aber dennoch unausgesprochen darin enthalten ist und auch zu den beinahe selbstverständlichen Erwartungen gehörte, sind intensive und offene Kontakte zur sog. Bevölkerung, in diesem Fall zu den Campesinas und Campesinos.
So herrschte dann schließlich Enttäuschung darüber, daß sich "intensivere" Gespräche, wenn überhaupt auf die politischen Kader beschränkten, wobei sich deren Äußerungen einerseits nicht gerade durch Zuverlässigkeit auszeichneten (wenn es um Fakten ging, hatte jeder eine andere Version, die Wahrheit konnte mann/frau vermutlich so in der Mitte finden) und andererseits - ganz Funktionäre und Politiker - von schemenhaften, oberflächlichen und floskelhaften Aussagen geprägt waren. Wie sollte es auch anders sein, die politische Betreuung von Internationalen Brigaden ist schließlich ihr Job. Und damit nicht zwingend Ausdruck ihres persönlichen Interesses.
Hier ist noch anzufügen, daß wir auch den offiziellen, organisatorischen Aufwand auf nicaraguanischer Seite (den sie für die politische Betreuung von Brigaden aufbringen und für den wir teilweise, je nach Zuständigkeit und Reglement auch bezahlen) für zweifelhaft halten. Es läßt sich zeitlich und arbeitsmäßig zwar nicht genau bemessen, sicher ist jedenfalls, daß hierfür eine Menge organisatorischer Arbeit geleistet wird, für die andere Arbeiten - gleich welcher Art - zurückstehen müssen.

- Dafür, daß die Kontakte zu den Leuten, in deren Nähe wir arbeiteten und lebten, mit denen wir sechs Wochen auf der gleichen UPE (Unidad Produccion Estatal - staatliche Produktions einheit)verbrachten, rar und niemals intensiv und offen waren und sein können, gibt es neben den oben schon erwähnten, weitere Gründe:
  - Der Aufenthalt ist viel zu kurz (womit keinesfalls die Forderung verbunden sein soll, Brigadeneinsätze sollten länger dauern!)
  - Wir sind Gäste. Die Gesetze der Gastfreundschaft verbieten, Unangenehmes zu äußern, d.h. evtl. existierende Kritik an uns zu äußern (Auch die Versuche unsererseits von den Kadern etwas darüber zu erfahren, was sie und v.a. die "Leute" dort von uns halten, waren erfolglos. Logischerweise wurden sie mit den gleichen Formeln beantwortet, die auch überall die Begrüßungsreden begleitet hatten "Es ist gut, daß ihr hier seid... wir freuen uns...")
  - Die"Leute" kennen uns nicht und lernen uns auch nicht so kennen, daß sie Vertrauen zu uns entwickeln können. Dazu mangelt es allein schon an Gemeinsamkeiten, die aus einer gemeinsamen Lebenssituation, einem verbindenden Kampf etc. herrühren könnten. Unsere Motive, dorthin zu kommen, bleiben für die meisten ohnehin weitgehend im Rahmen des Unerklärlichen oder eben moralisch (was wohl auch den Kern trifft); ausgehend von den deutlich besseren materiellen Bedingungen bleibt der Widerstand in den Metropolen bzw. die Vorstellung davon ein abstrakter Begriff

- Wir kommen auch in erster Linie als Unterstützerinnen der Regierung. Trotz teilweise auf unserer Seite vorherrschender Illusionen/Wunschvorstellungen über "Nicaragua libre" und das damit verbundene Bild von einem Land ohne gesellschaftliche Antagonismen und der auf nicaraguanischer Seite - soweit für uns erkennbar - trotz der schwierigen ökonomischen und militärischen Lage auffallend großen Loyalität zu den Sandinisten, sollten wir nicht annehmen, daß Widersprüche uns gegenüber als noch dazu fremden Menschen geäußert werden.

- Um dies eventuellen Einwänden gleich entgegenzuhalten: Es geht nicht darum die FSLN als nicht revolutionär genug oder als sozialdemokratisch, reaktionär etc. zu brandmarken (die Auseinandersetzung mit der politischen Linie der nicaraguanischen Regierung soll ja gerade nicht unser Thema sein). Festzuhalten ist nur, daß es als sicher gelten kann, daß unter den besonderen historischen und globalen Bedingungen zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine klassenlose Gesellschaft ohne Ausbeutung nicht zu realisieren wäre/ist. Umsomehr ist dies zu unterstreichen, wenn wir die -theoretisch ja auch verbreitete - Einsicht, daß Revolution in einem Land nicht möglich ist und sich kein Land im Trikont allein dem Zugriff des multinationalen Kapitals erwehren kann, heranziehen.

- Der Alltag der Arbeiterinnen - nicht nur auf dem Lande - ist nach wie vor in Nicaragua davon geprägt, daß sie arbeiten und ihre Versorgung organisieren müssen, daß ihnen wenig frei verfügbare Zeit verbleibt, die sie z.B. für die Kommunikation mit Internationalisten verwenden können. Es ist Ausdruck unserer ignoranten Arroganz und unseres Ideale vom revolutionären Nicaragua transportierenden Bewußtseins, anzunehmen, daß sie zu einer "Gegenleistung" für unseren Einsatz in der Lage wären.

In Anbetracht der Oberflächlichkeit und "Äußerlichkeit" der Kontakte zu den Nicaraguanerinnen einerseits und dem Wunsch, möglichst viel "mitzukriegen", "Revolutionäres" selbstverständlich, auf der anderen Seite, sind diese Kontakte sehr stark von einem Verhältnis geprägt, das ich mal als "Warenverhältnis" bezeichnen möchte.
Vorausgesetzt wir akzeptieren als Fakt, daß zu den Erwartungen einer solchen Reise mit Arbeitseinsatz gehört, daß wir von ihr auch eine Menge Interessantes, Schönes, Ursprüngliches und nicht zuletzt eine Portion Hoffnung mitbringen und unter den vorgenannten Beschränkungen, reduzieren sich Kontakte in erster Linie zwangsläufig auf Menschen, die gelernt haben, sich darzustellen, die gewohnt sind mit Fremden umzugehen und - die etwas zu erzählen, eine Rolle in der Revolution, eine Funktion in einer Organisation vorzuweisen haben, als bewußte, revolutionäre Menschen gelten können.
So stellten wir bspw. noch in der BRD die Forderung auf mit einer Nationalen Brigade (die aus Freiwilligen aus allen möglichen gesellschaftlichen Bereichen besteht) zusammen Kaffee zu ernten. Ich will hier gar nicht bestreiten, daß es bestimmt "viel interessanter" ist, mit Leuten aus der Frente oder der Juventud zu reden, der Informationswert über das Innenleben der politischen Organisationen höher ist, zumindest, wenn wir dabei die "Vermarktung" nach der Heimkehr in die BRD im Auge haben, als die Eindrücke vom banalen, "unpolitischen" Leben der Campesinos und Campesinas. Wir sollten aber darüber nachdenken, ob dies ein realistisches Bild und damit einen Begriff von der Situation in diesem Land vermittelt. Noch mehr sollten wir uns fragen, mit welcher Haltung wir dorthin gehen und welche Bedürfnisse wir dabei transportieren, die mit Solidarität wenig, mit der eigenen Perspektivlosigkeit aber sehr viel zu tun hat und v.a., ob dies der Weg ist, ihr zu entkommen.
Unter diesem Kriterium haben wir die obengenannte Forderung unsererseits auch in Nicaragua nie gemeinsam diskutiert. Uns selbst ist die Absurdität dieser Vorstellung auch später erst bewußt geworden.
Den Warenwert von "revolutionärem Habitus" demonstrierte uns dagegen bereits in der Kaffeernte ein netter junger Mann, der genau verstand, diese Ware zu materialisieren. Ein Einzelbeispiel zwar, aber mit Kontinuität, wie wir von anderen hörten, Jahr für Jahr.
Er verfügte über die folgenden Eigenschaften: Er sang Lieder aus der Revolution, er war politisch informiert und verstand, zu diskutieren, hatte eine persönliche politische Geschichte und verstand, den Frauen schöne Augen zu machen. Lauter Eigenschaften, die zu den Vorstellungen zählen, die Metropolenmenschen - idealistische - von einem "tollen Nica" haben.

Daß die Gründe, die er für seine Anwesenheit anführte, suspekt waren, spielte keine Rolle mehr und der Gang der Dinge war einfach und wiederholt sich stereotyp: Eine Frau aus der Brigade verliebt sich in ihn, das beginnende Techtelmechtel wirkt wie ein Vertrauensvorschuß und erlaubt den Zugriff auf die ohnehin gutgefüllte Brigadenkasse (er hat kein Geld geklaut, er bekam es freiwillig!). Die weiteren Details sind unwesentlich. Um einige Dollar und ein paar Gegenstände reicher verließ er uns schließlich relativ lautlos, aber unter Vorwürfen, wir seien desinteressiert oder so ähnlich.

Diese Anekdote soll hier weniger deshalb erzählt sein,
um mit Che Guevara wiedereinmal festzustellen, daß es"immer Leute gibt, die von der Revolution leben", sondern ein -vielleicht überspitztes- Schlaglicht auf unsere Umgehensweise mit der Revolution in Nicaragua und unsere oft oberflächlichen Interessen daran werfen.
Solidarität ist prinzipiell uneigennützig; sie sollte es jedenfalls sein.

Uneigennützig im Sinne von "nicht von - direkter- Gegenleistung abhängig gemacht werden"!

Daß die doch recht massiv in Nicaragua geübte Solidarität immer einer Überprüfung unter diesem Kriterium standhält, ziehen wir in Zweifel.
"Nicaragua ökonomisch unterstützen, ist der wesentliche Faktor für die Arbeit als Brigade" war eine umstrittene Behauptung innerhalb unserer Gruppe. Daß dieses "Nicaragua ökonomisch unterstützen" ein nicht widerspruchsfreier und sehr undifferenzierter Anspruch ist, werden wir weiter unten noch versuchen zu zeigen.
Zunächst aber soll er - mit einer einfachen Rechnung - daraufhin überprüft werden, ob er sich so verifizieren läßt.
Buchhalterisch festgehalten haben wir mit 23 Personen in 6 Wochen Kaffee im Gegenwert von 7475 Dollar geerntet (den aktuellen Weltmarktpreis zugrundegelegt). Der finanzielle Aufwand für unseren Aufenthalt belief sich auf etwa 26 000 Dollar (ca.2000 DM -niedrig angesetzt - bei 21 Personen, zwei hielten sich bereits dort auf). Bleibt festzustellen, daß wir einen ungleich höheren Betrag ausgegeben haben, um einen ungleich geringeren zu erwirtschaften. Diese Erkenntnis, daß die ökonomische Bedeutung der Brigaden eher gering ist, teilen auch die nicaraguanischen Behörden- selbstredend ohne obige Rechnung miteinzubeziehen.*
Ohne Freundinnen der in den Metropolen verbreiteten Spendenmentalität, die oft v.a. davon charakterisiert ist, daß mann/frau sich mit den entsprechenden finanziellen Mitteln selbst ein reines Gewissen verschafft, haben wir uns gefragt, ob wir diesem Anspruch der "ökonomischen Unterstützung" nicht gerecht werden, indem wir dieses Geld spenden und die so gewonnene Zeit besser für den Widerstand hier in der BRD nutzen.

Viel spannender aber im Hinblick auf die "Uneigennützigkeit der Solidarität" ist die Frage, ob wir diese 2000 DM auch hergeben würden, wenn wir sie nicht für die eigene Reise ausgeben würden. Die Antwort ist einfach: Wir würden es nicht tun!
Noch einfacher als diese Antwort ist die Erklärung für sie: Weil wir für/von etwas, wofür wir bezahlen, auch etwas haben wollen!
Und wir haben etwas davon: Wir entfliehen für ein paar Monate dem öden und als aussichtslos empfundenen metropolitanen Alltag, nicht nur das, wir schnuppern ein bißchen "Revolution" oder das, was wir uns gern drunter vorstellen (sind dann womöglich enttäuscht, weil nicht alles so ist, wie es in unseren idealisierten Träumen vorkommt) - und wir tun noch eine "gute Tat".
Auch wenn das alles ein bißchen - sehr - sarkastisch klingt: So rein wie wir immer tun, können unsere Motive gar nicht sein, sonst würden sie bei einer ernsthaften Überprüfung nicht so viele Schwachstellen aufweisen, die wir dann gern übergehen...

Böse Zungen könnten die Beweggründe für die praktische Solidarität in Nicaragua durch Internationalisten auch als eine Mischung aus Abenteuerurlaub mit politischem Anspruch, kolonialistischem Sendungsbewußtsein und dem christlichen Bedürfnis Buße zu tun, Opfer zu bringen für die Armen und Maledeiten zusammenfassen...

---

* Ohne zu übertreiben beliefe sich das Arbeitsergebnis der gleichen Anzahl von nicaraguanischen Trabajadores und Trabajadoras del Campo auf etwa das Dreifache, da deren Produktivität aufgrund ihrer Kenntnisse und ihrer jahrelangen "Pflückerfahrung" durchschnittlich mindestens das dreifache, eher noch mehr, beträgt.
Wir benötigen eine schöne Zeit, um eine reife von einer weniger reifen Kaffeekirsche zu unterscheiden und uns überhaupt eine minimale Sachkenntnis zuzulegen.

Auch wenn der Begriff der "Kolonisierung" in seinem historischen Zusammenhang auf die Situation in Mittelamerika nicht oder nur im übertragenen Sinne anzuwenden ist, sind die beiden folgenden Zitate aus den "Verdammten dieser Erde" (Frantz Fanon) beschreibend für das Verhältnis der Soli-Bewegung zu den Bedingungen in Nicaragua:

"Sobald der Kolonisierte anfängt, an den Fesseln zu zerren, den Kolonialherrn zu beunruhigen, schickt man ihm gute Seelen, die ihm (...) das Wesen und die Reichtümer der westlichen Werte darlegen... In der Dekolonisationsperiode wird plötzlich an die Vernunft der Kolonisierten appelliert."
"... es existiert ein in Blut und Zorn geschaffenes Bindemittel. Man begreift nunmehr, daß diese Schlagworte, wenn sie in den unterentwickelten Ländern verwendet werden, einen neuartigen Sinn annehmen. Während der Kolonialperiode wurde das Volk aufgefordert, gegen die Unterdrückung zu kämpfen. Nach der nationalen Befreiung wird es aufgefordert, gegen das Elend, das Analphabetentum, die Unterentwicklung zu kämpfen. Der Kampf geht weiter, versichert man. Das Volk stellt fest, daß das Leben ein unaufhörlicher Kampf ist."

Ein Phänomen, das sowohl in unserer Brigade zu latenten Auseinandersetzungen führte als auch kennzeichnend ist für das (Arbeits-)Verhalten vieler anderer Brigadisten und Residentes (Ausländer, die in Nicaragua leben) ist die Außerkraftsetzung des kritischen Verhältnisses zu entfremdeter Arbeit. "Nicaragua" stellt alles auf den Kopf.
In der Brigade führte dies dazu, daß die Intensität des individuellen Arbeitseinsatzes zum Gradmesser für die Identifizierung mit der (Solidarität mit der) sandinistischen Revolution gemacht wurde (kleinliche Auseinandersetzungen darüber, inwieweit es objektiv Gründe für eine Kritik am (Arbeits-)Verhalten Einzelner gab, wollen wir unseren Lesern und uns selber ersparen). Je nachdem, ob sich mann/frau mit den auch in Nicaragua üblichen Appellen zur Steigerung der Arbeitsleistung identifizierte oder nicht, wurde seine/ihre Integrität in Zweifel gezogen und die Reinheit seiner/ihrer politischen Motive in Frage gestellt.
Ähnliches konnten wir später bei Leuten beobachten, die in Projekten und Fabriken mit Nicaraguanerinnen zusammenarbeiten. Sie beschweren sich über die müde Arbeitsmoral der Arbeiterinnen, die sich an die alte Regel " so wenig wie möglich arbeiten" halten, über die hohe Fluktuation, darüber, daß die Leute zu viel Pausen machen oder sich alle möglichen Ausreden einfallen lassen, um zu spät zur Arbeit zu kommen undsoweiterundsofort. Daß dies schon allein angesichts der Löhne, die zum Leben zu niedrig und zum Sterben zu hoch sind, nur logisch ist, sei hier nur als klitzekleiner Einwand deklariert.
Auch,daß die Arbeit (häufig) im Leistungslohn bezahlt wird - in der BRD nennen wir das Akkord, ein Wort, das bei den meisten nur als Gedanke eine Gänsehaut auslöst- sei nur am Rande, nicht als Anklage, sondern als Feststellung bemerkt.
Daß in Nicaragua plötzlich all das gut und sogar einfordernswert sein soll, was hier als duckmäuserisch, unkollegial und verwerflich denunziert wird/würde,macht nachdenklich.
Diese Kritik, die viele von uns in Nicaragua auch praktisch demonstrieren, indem sie voll in Aufbaustimmung - und sicher gutgemeint - den 'Nicas ein Beispiel'(für den berühmten deutschen Arbeitsethos?) sein wollen ist u. E. einerseits Ausdruck einer kleinbürgerlichen Denkweise, die beinhaltet, daß Arbeiten irgendwie doch der Sinn des Lebens (auch, wenn man dies hier in der BRD theoretisch bestreiten würde) ist und Erfüllung darin steckt, wenn sie nur ein ideelles Ziel hat. Und in Nicaragua gibt es was Sinnvolles zu tun, nämlich die ökonomische Infrastruktur auszubauen, die Ökonomie zu stabilisieren, die landwirtschaftliche und technologische Entwicklung voranzutreiben. Daß dies alles unter profitorientierten Bedingungen zu geschehen hat, denn auch Nicaragua ist weiterhin dem Diktat des Weltmarkts sprich den multinationalen Konzernen unterworfen, scheint oftmals nicht mehr konsequenten Eingang in die Arbeit der Internationalisten zu finden.
(Auch diese Bemerkung ist lediglich als Feststellung einer Tatsache zu verstehen - und nicht als Vorwurf an die Sandinisten.)
Auf der anderen Seite sollte mann/frau sich auch darüber im klaren sein, daß die subtilen Versuche auf die Arbeitsdisziplin der nicaraguanischen Arbeiterinnen einzuwirken - es gibt ja eine ganze Reihe von Internationalisten, die z.B. auch als Berater in arbeitsorganisatorischen Fragen tätig sind - letztlich auf eine Konditionierung der Arbeitskraft auf die Anforderungen des Kapitals - Arbeitsintensität und Produktivität - hinauslaufen und den Zugriff auf die trikontinentale Arbeitskraft damit rentabler machen.

Darüberhinaus stellen wir fest, daß es wiedereinmal die "guten Seelen" aus den kapitalistischen Zentren sind, die versuchen, die Verhaltensmaßstäbe für die Arbeiterklasse in einem Land der sog. Dritten Welt zu setzen, sie haben auch oftmals die Mittel sie auch tatsächlich zu setzen - im Namen der Revolution. Einer Revolution, die sie im eigenen Land in vielen Fällen nicht - mehr - als realisierbar ansehen und die als Perspektive nicht -mehr - existiert.
Wo nehmen wir Metropolenmenschen eigentlich all die Überheblichkeit her, mit der wir uns als legitimiert ansehen, zu beurteilen - objektiv versteht sich - wie die Befreiung der Nicaraguanerinnen - z.B. - vor sich zu gehen hat und wie sie aussieht und dann auch noch mit all der ökonomischen Macht - die auch eine in der BRD als opposiltonell geltende Soli-Bewegung hat - in dieses Land einzufallen. Wer einmal dort war, konnte sich ein Bild davon machen, daß dieses Wort nicht unbedingt eine Übertreibung ist. "Ökonomische Macht" meint nicht nur die (Teil-)Finanzierung bestimmter Projekte, sondern auch die simple Tatsache, daß Tausende von Brigadistinnen über die finanzielle Kapazität verfügen, Jahr für Jahr ins gelobte Land zu fahren - und sage nur keine/r sie arbeiten ja nur (unentgeltlich) und helfen dem "Land" und dies sei keine Einflußnahme.
" Für die dritte Welt ist es nicht damit getan, daß sie sich den Werten gegenüber definiert, die sie vorgefunden hat. Die unterentwickelten Länder müssen vielmehr alles daransetzen, Werte zu schaffen, die ihnen eigentümlich, Methoden und Lebensformen, die für sie spezifisch sind." (Die Verdammten dieser Erde, Frantz Fanon)

"Solidarität" als Flucht vor den als aussichtslos und trist empfundenen (Kampf-) bedingungen im eigenen Land und als Projektion der eigenen Wünsche und Träume von "Revolution" hat eine lange Geschichte, die in der BRD besonders ausgeprägt ist. Sie reicht von Algerien über Vietnam, Portugal, Mozambique, Chile...bis nach Nicaragua, Wenn wir auf die jeweiligen Besonderheiten und auch auf die Frage der Internationalen Brigaden, die von Ho Chi Minh und Che Guevara abgelehnt wurden, nicht eingehen dann deshalb, weil wir lediglich dieses alle verbindende und u.E. in Bezug auf Nicaragua wesentliche Kriterium der Flucht und der Projektion hinweisen und es unterstreichen wollen.

Dieses Motiv - oft zugeschüttet von mehr oder weniger ausgeprägten politischen Ansprüchen - ist allen gemeinsam, wenn auch sicher mit unterschiedlichen charakteristischen Zügen und Perspektiven. Politisch diskutiert wird es aber nur individuell und mit persönlich unterschiedlichen Konturen, seine politische Dimension aber wird verschwiegen oder taktisch benutzt. Organisatoren der Nicaragua-Brigaden sehen die Effizienz darin, daß ein Großteil der Leute auch nachher in der Soli-Bewegung "irgendwie" "aktiv"sind . Es ist ohnedies in im weitesten Sinn der Linken zuzurechnenden Kreisen üblich geworden, von Zeit zu Zeit für ein, zwei, drei oder mehr Monate der metropolitanen Tristesse zu entfliehen. Nach Nicaragua zu entfliehen bietet den zusätzlichen Vorteil, nicht bloß Tourist/in zu sein, sondern für sich beanspruchen zu können, es aus politischen Gründen zu tun.
Darin liegt wohl der Grund, warum so wenig über die Ambivalenz dieses Handelns geredet wird, alle nur erzählen wie toll es ist...

Wir haben versucht, die verschiedenen "Ambivalenzen" an unseren Erfahrungen und Eindrücken konkret nachvollziehbar zu machen.
Wir haben auch versucht, einmal von unserem individuellen, "vorsichtigen" und "rücksichtsvollen" Verhalten, das gerade "wir Deutschen" so gern für uns in Anspruch nehmen, zu abstrahieren. Diese angebliche Sanftheit erlaubt uns das Eindringen und die Einflußnahme in Nicaragua auf der Ebene der Solidarität. Aber wo unterscheidet sich "unser" sanftes Eindringen von dem von Hans-Jürgen Wischnewski, dem Commandante Hans???

Die Individualisierung und der moralische Charakter der "Solidarität" verhindern den Blick auf die Dimension und die Auswirkungen des gemeinsamen politischen Verhaltens. Und umgekehrt sind sie nur auf dem Hintergrund einer verkürzten, eben von Eigeninteressen beeinflußten politischen Einschätzung möglich, die so tut als sei Nicaragua eine Insel und nicht ein kleines Land in Mittelamerika, in dem weder eine sozialistische Revolution ausgerufen wurde noch sonst irgendwelche Maßnahmen ergriffen wurden, mit denen die Aufhebung von Klassengegensätzen auch nur ins Visier genommen worden wäre. Insofern ist es auch überaus fragwürdig, diese Widersprüche, die nun einmal augenblicklich und mittelfristig existieren mit Visionen von nationaler Befreiung wie sie in Begriffen wie 'das Land unterstützen', dem 'nicaraguanischen Volk'helfen zum Ausdruck kommen, zuzukleistern.

"Was in Nicaragua seit 1979 geschah, waren Reformen, die nicht einmal allzu weitgehend waren. Die Rechte ausländischer Investoren wurden nicht in bedeutendem Maße eingeschränkt, Die REgierungsjunta war zu weitgehenden Kompromissen bereit, Sie baute zu einem großen Teil auf MOdernisierung, was in zahlreichen Großprojekten, dem VErsuch technologischer Lösungen von Problemen der Produktivität, den Anstrengungen für eine Ausweitung des Exports mit dem Ziel der Beschaffung von DEvisen zum Ausdruck kommt. Doch dies alles reichte nicht. Die Bedrohung durch Nicaragua lag in der Verteuerung der sozialen Kontrolle der Region. Sie wurde mit Krieg beantwortet.
Das Ziel für die ganze Region ist: Rationalisierung und Rentabilität der Bevölkerung. Der Maßstab ist der vom transnationalen Kapital weltweit gesetzte, aber noch nicht weltweit durchgesetzte Verwertungsmaßstab. Solange die Bevölkerung sich nicht unter diesen Maßstab zwingen läßt, ist der Krieg die rentabelste Form der Herrschaft."
(aus Materialien für einen neuen Antiimperialismus Nr. 1)[1]
"So kann davon ausgegangen werden, daß gerade in den ersten Jahren nach 1979 Nicaragua einen wichtigen Impuls für die Verstärkung der Befreiungsbewegungen in El Salvador und Guatemala gegeben hat, nicht auf dem Wege materieller Unterstützung, sondern eben auf dem des ermutigenden Beispiels.
Wichtiger für den Entschluß der USA ab etwa 1983 mit zunehmender Härte gegen Nicaragua vorzugehen, dürfte die Tatsache sein, daß die Maßnahmen der FSLN die Sozialausgaben für die Bevölkerung beträchtlich erhöhten und damit deren Ansprüche weiter zunahmen. In diesem Sinne ist Nicaragua dann auch als Beispiel gefährlich. Das Beispiel wird in der gesamten Region und vielleicht darüberhinaus zum Kostenfaktor. Die international durchgesetzten Verwertungsmaßstäbe im Kontext transnationaler Konzerne verlieren ihre Gültigkeit. Das mußten die USA verhindern und diese Verhinderung erforderte einen hohen Einsatz, eben den regionalen Krieg in der Form des Konflikts geringerer Intensität.
In Nicaragua hat dieses Vorgehen insoweit Erfolg gehabt als die ökonomische Lage vieler Nicaraguaner heute schlechter sein dürfte als gegen Ende der Somoza-Herrschaft" (ebda)

Damit soll nocheinmal unterstrichen sein, daß die politische Situation Nicaraguas nicht in einem nationalen Rahmen gesehen und auch nicht gelöst werden kann. Hier werden viele einwenden, daß das aber eh klar sei. Wir halten dem entgegen, daß die Solidaritätsarbeit für, v.a. aber in Nicaragua diesem Aspekt praktisch und politisch nicht Rechnung trägt, daß in sie viele, zu viele subjektive Interessen einfließen, die oftmals einer offenen und die eigene Praxis in Frage stellenden Diskussion im Wege stehen.

1) Der Begriff 'Bevölkerung' ist in diesem Zusammenhang genau zu definieren, da er ja alle Teile einer ein Land bewohnenden Gesellschaft umfaßt. In diesem Sinne kann er nicht gemeint sein. Auch die trikontinentalen Gesellschaften sind Klassengesellschaften mit unterschiedlichen und antagonistischen Interessengruppen...

Wir ziehen aus unseren Erfahrungen weiterhin den Schluß, daß der massive Einsatz von Brigaden - ob"die" Nicaraguanerinnen ihn nun wünschen oder nicht, sei einmal dahingestellt - einerseits beinahe kolonialistische Züge trägt und andererseits in einer Weise von Widersprüchen begleitet ist, die u.E. in keinem Verhältnis zu seinem ökonomischen und politischen Nutzen steht, der jeweils auch noch einmal genauer zu bestimmen wäre. Auch wenn seit kurzem die Brigadeneinsätze im Zusammenhang mit der"Sozialdemokratisierung" (auch unter dem Stichwort "Portugalisierung" gehandelt) Nicaraguas ohnehin "neu" diskutiert werden, halten wir diese Einwände für wichtig und überfällig.
Sie dürften sich nicht wesentlich unterscheiden von denen, die für andere,"kommende" Länder in Zentralamerika und anderswo gelten können.
Die Brigadeneinsätze in Nicaragua begannen in einer Situation, in der sie als "Schutzwall" internationaler Solidarität gegen die drohende Invasion durch die USA fungierten. Danach folgten immer neue Begründungen, neue Projekte..., mit denen sie gerechtfertigt wurden. Sie gipfeln darin, den agitatorischen Charakter der Brigaden für die Brigadistinnen selbst hervorzuheben.
Selbst wenn sie tatsächlich diesen mobilisierenden Charakter hätten, so bliebe erstens die Frage nach dessen Quantität und Qualität zu stellen und zweitens die Frage trotzdem offen, inwiefern ein solches Ergebnis noch in einem legitimen Verhältnis dazu steht, was wir dort anrichten und schließlich, ob diese Haltung nicht vornehmlich Ausdruck von metropolitanem Luxus und den dazugehörigen Scheuklappen ist, die erst die direkte Konfrontation mit dem Elend des Trikonts als Anstoß braucht und der nicht der Blick "hinter die Kulissen" der Realität in den kapitalistischen Zentren genügt, um "mobilisiert" zu sein.
Die so erzeugte Mobilisierung kann nur moralisch sein - und "und in solch moralischer Haltung steckt gewöhnlich viel Rassismus" (Margaret Prescod-Roberts, "Schwarze Frauen, weiße Frauen")...

Nun werden einige fragen, warum wir bei all diesen Bedenken überhaupt nach Nicaragua gefahren sind. Die Antwort ist einfach : Zum Teil hatten wir sie vorher nicht, zum anderen sind uns erst dort die Dimensionen und damit auch die vollständige Fragwürdigkeit klar geworden. Um dieser Erfahrung willen hätten wir die Reise nicht machen zu brauchen und wir hätten sie auch sicher nicht gemacht, hätten andere sie uns vermittelt.
Wir haben keine konkrete Antwort auf die Frage wie Soliarbeit alternativ aussehen kann, wir sehen aber ein krasses quantitatives Mißverhältnis zwischen der Anzahl an Leuten, die sehr viel Zeit und Energie darauf verwenden, einen kürzeren oder längeren Aufenthalt in Nicaragua zu ermöglichen und der Anzahl derjenigen, die hier im "Herzen der Bestie" aktiv sind.
Daß die beste Unterstützung für Veränderungen in den Ländern der Peripherie darin besteht, den Kampf in den kapitalistischen Zentren selbst zu führen und zu intensivieren, gilt weithin als selbstverständlicher Gemeinplatz.
Wie wenig ernsthaft er umgesetzt wird, kann mann/frau am Beispiel Nicaragua daran sehen, daß all die Institutionen, Parteien, Stiftungen, die ideologisch-propagandistisch oder finanziell den Contra-Krieg (mit-)führen,weitgehend unbehelligt, auf jeden Fall aber ohne Behinderung ihrem Handwerk nachgehen können.

Uns hat unser Aufenthalt in Nicaragua nicht nur in der theoretischen Einsicht bestärkt, daß wir hier viel mehr gegen die Verhältnisse tun müssen. Er hat uns auch praktisch und politisch die Unmöglichkeit, auf jeden Fall aber die Zweifelhaftigkeit von Versuchen es dort zu tun bzw. die Solidarität dorthin zu verlagern, demonstriert.

Wir finden, es ist höchste Zeit darüber nachzudenken, wie wir Internationale Solidarität ohne Eigeninteressen in den Vordergrund zu stellen, organisieren, die der Komplexität der globalen Verhältnisse gerecht wird und hier entsprechend zu handeln, ohne dabei einem Entzug von - vor allem materieller - Unterstützung das Wort zu reden.

"Einen großen Fehler sich selbst gegenüber begehen diejenigen Brüder (und Schwestern, Anm.) , die meinen, nur weil sie sich eine Menge Fragen stellten, hätten sie schon die richtigen Antworten. Wir sagen, daß diese Brüder (und Schwestern Anm.) sich selbst betrügen." (Carlos Fonseca, 1975)

VOLXSPORT

Berlin, den 6. 12. 88

ADVENT; ADVENT ein Lichtlein brennt

erst eins, dann zwei ...

Im März diesen Jahres besuchten wir bei Neckermann ein Reisebüro, das hauptsächlich NUR-Reisen vertritt und hinterließen einen Brandsatz, woraufhin tonnenweise Wasser aus den Sprinkleranlagen quoll. Die NUR-Touristik GmbH, die wie z.B. auch Touropa Sexbomberreisen verkauft und organisiert, gehört 100 % Karstadt. Von daher dachten wir, gehen wir doch gleich zu Karstadt zum Reisebüro und zeigen wir nach demselben Prinzip, was wir von ihnen halten. Doch deponierten wir dieses Mal gleich zwei Brandsätze, und zwar bei Karstadt in der Wilmersdorferstr..
Warum intervenieren wir Frauen, die doch direkt nicht von der Ausbeutung und der Unterdrückung der Frauen in Thailand, auf den Phillipinnen, in Kenia oder in der Karibik betroffen sind?
Zum einen sind wir weltweit gegen jegliche Art der Ausbeutung und Unterdrückung und besonders gegen die der Frau.
Zum anderen erleben wir hier, wie auch durch den Sextourismus das Frauenbild geprägt wird, wie die Frau auf Busen, Beine und Möse reduziert wird, daß eine Frau gefügig, anschmiegsam - eben käuflich - zu sein hat. Die Anmache von Typen hat nicht abgenommen, auch nicht die Vergwaltigungen von Frauen. Zudem wird uns dieser Zwang, sich prostituieren zu müssen, um zu überleben, hier ständig vor Augen geführt, wenn wir Asiatinnen oder Afrikanerinnen treffen und sehen, unter welchen üblen Zuständen sie hier leben müssen. Fast tagtäglich finden Razzien in bordellartigen Räumen statt. Fast täglich kommen dadurch Frauen in Abschiebehaft. Der CDU-Senat, mit Unterstützung der SPD,gibt vor, den - v.a. thailändischen - Frauen helfen zu wollen, indem sie nicht gleich abgeschoben werden, wenn sie Hintermänner des Frauenhandels preisgeben und dies auch vor Gericht mit ihrer Zeugenaussage untermauern. Diese Scheinheiligkeit ist mal wieder brillant , wird doch kaum eine der Frauen durch diese Aussage ihr eigenes Todesurteil zementieren wollen. Somit haben die Frauen den schwarzen Peter zugeschoben bekommen , sie sind somit für ihre Abschiebung selbst verantwortlich.
Der Grund, warum diese Frauen hier sind, liegt auch im Sextourismus, der geile Männer auf den Geschmack gebracht hat, die "exotischen" Früchte doch das ganze Jahr über zu "genießen" und Geschäftemacher sehr schnell den fetten Braten gerochen hatten.
Es hat also sehr wohl was mit uns zu tun und wir leben genau da, wo die Profiteure und Konzerne ihren Sitz haben.
Der Reiseveranstalter TUI senkt z.B. seine Reisepreise im nächsten Jahr. Eigenartigerweise werden genau die Flugreisen am billigsten , die in Länder wie in die Dominikanische Republik, auf die Karibikinsel St. Lucia, nach Thailand und Kenia führen. Diese Länder sind die beliebtesten Ziele des Sextourismus! Durch die Aidsparanoia ging in den letzten Jahren der Sextourismus etwas zurück, das soll jetzt durch Verbilligung der Flugreisen ausgeglichen werden.
Die Sexbomberreisebüros sind zwar nur Trittbrettfahrer, die an den männlichen Herrschaftsgelüsten verdienen, aber ohne sie gäbe es - zumindest keine organisierten - Reisen dahin.
Wir könnten sie in die Knie zwingen. Überall gibt es Kaufhäuser und Reisebüros, die boykottiert oder anderweitig gestört werden können, nicht nur Karstadt in Berlin-Wilmersdorf!
Es gibt viel zu tun!

die A M A Z O N E N

Die Ernste Warnung

KARSTADT

FRESS AbTEILung HATbesuch bekommen:

AM Sa Wunschzettel-Samstag, bis 18 Uhr geöffnet! hinterliessen wir 20(!) LEIBENDIGE R.S.A.-mäuschen

entsetzt über südafrikanisches Umsatzplus von bis zu zehn %. im Weihnachtsgeschäft verstarben 6 AM ORT DES GESCHEHENS!

wir hoffen auf

Protest tiefgekühlt

Bei Karstadt fand man tote Mäuse mit dem Aufdruck »R.S.A.« / Aktion gegen Warenimport aus Südafrika

Zu hektischen Such- und Umräumungsarbeiten kam es am Sonnabend Mittag in der Lebensmittelabteilung des Kaufhauses Karstadt am Hermannplatz. Anlaß für diese unplanmäßigen Aktivitäten mitten im Weihnachtsgedränge des langen Sonnabends waren tote Mäuse in der Lebensmittelabteilung. Von den Kunden alarmiert, fand das Personal ein halbes Dutzend Mäusekadaver in der Abteilung für Wurstwaren, unter dem Geflügel und bei verpackten Fischwaren. Eines der Tiere hatte deutlich sichtbar auf dem Bauch die Buchstaben »R.S.A.« aufgemalt. Die drei Buchstaben sind das Kürzel für »Republik Südafrika«. In den letzten Wochen war es zu ähnlichen Vorfällen gekommen, mit denen gegen den Verkauf von Waren aus dem Rassistenstaat protestiert werden soll. So wurden Ende November sämtliche Scheiben einer Bolle-Filiale in der Dudenstraße eingeworfen. Auf hinterlassenen Flugblättern wurde gegen die Lebensmittelkette der Vorwurf erhoben, daß trotz gegenteiliger Beteuerungen der Geschäftsleitung bei Bolle »noch immer Orangen, Zitronen, Pampelmusen und andere Waren aus Südafrika« zum Kauf angeboten würden. *-time-*

VERMEHRUNG!

KIEZKÜCHE WEDDING

18.12.88, 18⁰⁰h
im Zorrow, Grüntalerstr. 38
"Berichte über die 129a Prozesse in München + Hamburg"

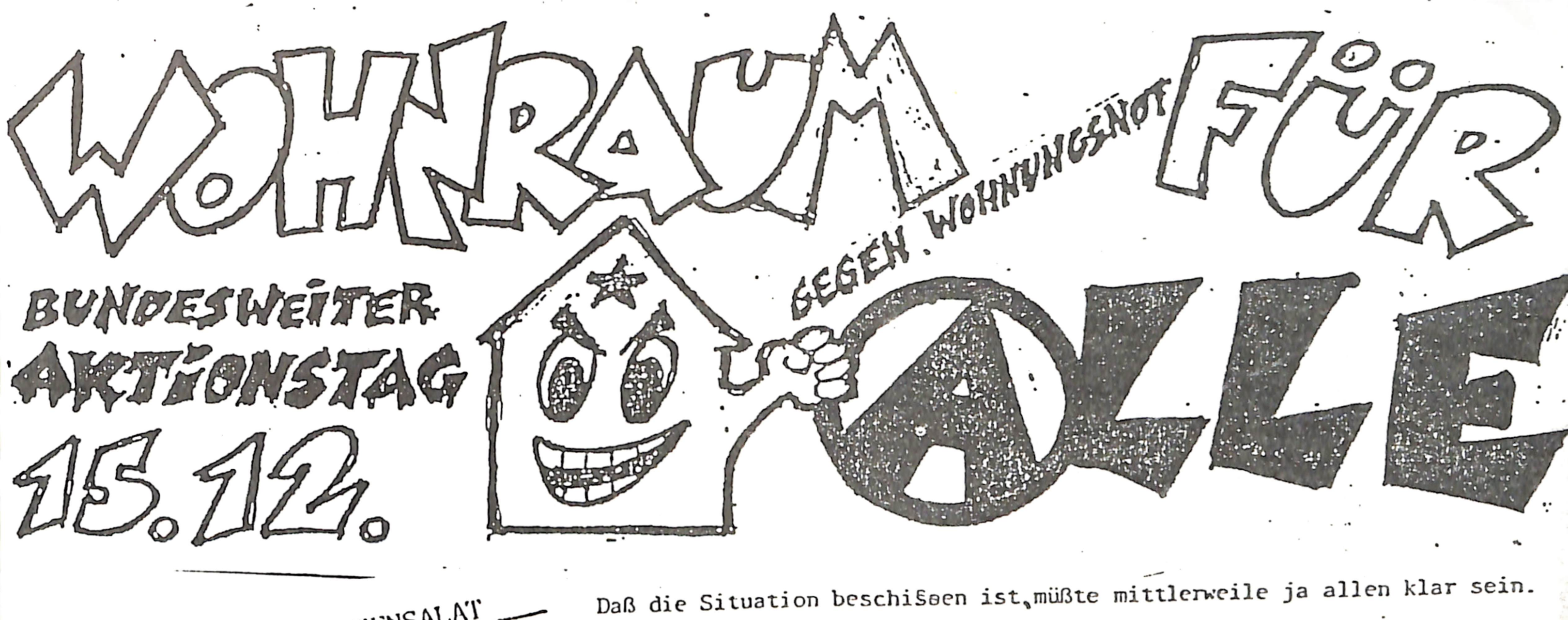
Antifaschistisches Café
dies mal am 8.1.89
16–19⁰⁰h, in der Fabrik, Osloerstr. 12

18⁰⁰h, 15.1.89
in der Prinzenallee 58
"Räumungsklage gegen die P58!! Zur aktuellen Situation. Der Termin der Klage: 3.1.89, Amtsgericht Wedding, 9⁰⁰h!

22.1.89, 18⁰⁰
in der Fabrik, Osloerstr. 12
"Wählen?
Zu den Wahlen"..

wir haben am 3.12. zeitgleich zur demonstration gegen zensur für druck auf der straße versucht, ein transparent zum prozeß gegen janin und wolli aufzuhängen.
leider mußten wir feststellen, daß die vom land bählin zur verfügung gestellten bettlaken ihrer aufgabe nicht gewachsen waren.

trotz allem schöne grüße nach münchen!!!



AUS DEM SENAT - TOMATENSALAT

17.12. SAMSTAG - DER TANZ GEHT WEITER

12°° Uhr : Großes Wohnungsbetteln und Wohnungsbörse, rund ums Kranzler Eck. Wohnungssuche einmal öffentlich! Kontakt: "Büro f.ungew.Hopn." (WohnungsanbieterInnen werden auch aufgefordert zu kommen)

14°° Uhr : Wittenbergplatz GROSS - DEMO für selbstbestimmtes Wohnen und Leben

Daß die Situation beschißeen ist, müßte mittlerweile ja allen klar sein.

Allein in Berlin:

- 10 000 Obdach- und Wohnungslose
- 200 000 Wohnungssuchende
- 61 000 Wohnungen konnte selbst die Volkszählung nicht wiederfinden
- 200 000 Umzüge pro Jahr.also eine zweihunderttausendmalige (!!!) Mieterhöhung
- 150 000 offizielle SozialhilfeempfängerInnen
- Zuzugsstop für ausländische MitbürgerInnen

und bundesweit 3 500 000 Arbeitslose

Seit Einführung des Weißen Kreises ist der Wohnraum in Berlin so knapp und teuer, daß das Recht auf menschenwürdiges Wohnen nur einer kleinen elitären Klasse vorbehalten bleibt.
Der Rest legt bis zu 50 % und mehr seiner Kohle für die Miete hin. Selbst das Sozialamt weigert sich zunehmend die Miete . für SozialhilfeempfängerInnen zu zahlen.

Die Mieten müssen abgeschafft werden, um die Wahrnehmung dieses grundsätzlichen Rechts auf Wohnen durchzusetzen.
Nur so können wir verhindern, daß die Kriminelle Vereinigung aus Senatoren, Baulöwen und Spekulanten über Smiergelder, Subventionen und Abschreibungen von unserer Wohnungsnot profetieren, und sie weiterverschärfen.

Klar ist, daß außer Luxusmodernisierung und weiteren Wohnknästen, nichts vom Senat zu erwarten ist.

Wir dagegen wollen zur DURCHSETZUNG DES MENSCHENRECHTS AUF WOHNRAUM



Weg mit dem Weißen Kreis
Menschen - und NaturgerechterBauten
Die Häuser denen die drinn wohnen

Aufrufende Gruppen :

Es rufen auf : "Aktion 100 000 Paläste"(TU-FB7),"FU-Wohnungsnotplenum,TU-Aktion gegen Wohnungsnot,B.u.M..Ini.Architekter. Sozialhilfeberatung e.V. , FHSS Wohnungsnotplenum,...

SPEKULANTEN ZU SPEKULATIUS

......AUF, AUF ZUM FRÖHLICHEN JAGEN....
SPEKULANTEN, EUCH GEHTS AN DEN KRAGEN

Wir werden euch treffen, da, wo ihr uns nicht erwartet, wo ihr euch wohlfühlt - zwischen euren Villen, Geldschränken und Gärten.
Dort, wo ihr wohnt, im Sperrgebiet Grunewald, werden euch die auflauern, die ihr sonst nur in dunkle Wohnklos und trostlose Betonsilos steckt.
Auch eure Nachbarn, die Bänker, Politiker und Bauhaie, werden wir nicht ungeschoren lassen; wir werden euch eure dunklen Machenschaften vor die Füße knallen und dafür sorgen, daß ihr keinen ruhigen Winter mehr erlebt.

Was haben die Herrschenden in ihrem Sumpf nicht alles versucht, um ihre Profite zu sichern:

- Bausubventionen und Steuerabschreibungen für "gemein"nützige Großprojekte wie das ICC, die Kongresshalle oder Luxushotels
- "Kleine Gefälligkeiten" wie die bevorzugte Vermittlung großer Bauaufträge
- Befreiung von gesetzlichen Vorschriften
- Abrißgelder
- Gewährung zinsgünstiger Kredite gewisser Banken an private Hausbesitzer, um ihnen mittels eigener Baufirmen gewinnträchtige Luxusmodernisierungen zu erleichtern
- Schmiergelder für die mittleren und oberen Chargen des Senats
- Provisionen für die Vermittlung von Wohnungsbauaufträgen
- Legalisierung der Profitmacherei durch Aufhebung der "gemein"nützigkeit der Wohnungsbaugesellschaften
- Aufhebung der Mietpreisbindung
- u.v.m

Die Macht der Spekulanten und Hausbesitzer zwingt uns dazu, immer höhere Mieten zu akzeptieren. Um unseren Wohnraum zu bezahlen, müssen wir uns auf dem Arbeitsmarkt verkaufen. Auch dort erarbeiten wir den Kapitalisten ihre Profite - ein Kreislauf ohne Ende. Wer sich dem nicht anpasst, wird zwangsgeräumt und obdachlos oder mensch muß sich den Bedingungen des Sozis unterwerfen (Zwangsarbeit, Schikane). Mieterhöhungen und die daraus folgende Schiki-Mickisierung sind Mechanismen der Herrschenden, um uns zu individualisieren und unseren Widerstand zu spalten.

Wir müssen uns kollektiv wehren, das heißt: autonome Hausversammlungen organisieren, gemeinsam die Miete mindern und boykottieren. Ziel kann nur die bedingungslose Enteignung aller Hausbesitzer und Wohnraum zu Nulltarif sein.

Deswegen werden wir (vorraussichtlich im Januar) die Bonzen im Grunewald in ihrem aller"scheinheiligsten" Zuhause massenhaft belagern. Endlich werden sie mal wieder um ihre Existenz bangen, so wie wir das täglich zu spüren bekommen.

demo am 21.1.89

Um eine starke Demo hinzukriegen brauchen wir noch Unterstützung in der Mobilisierungsphase. z.B. Kurzkundgebungen in mehreren Stadtteilen, Plakate kleben, Flugis verteilen oder andere phantasievolle Aktiönchen. Vorbereitungstreffen: jeden Sonntag 20 Uhr, Cuvrystr. 20, Kerngehäuse (kantine) 2. Hinterhof , Berlin 36



FÜR SELBSTBESTIMMTE LEBENSRÄUME
WOHNEN ZUM 0-TARIF
ENTEIGNUNG ALLER SPEKULANTEN UND HAUSBESITZER



Der Schwarze Freitag

der Wohnungswirtschaft

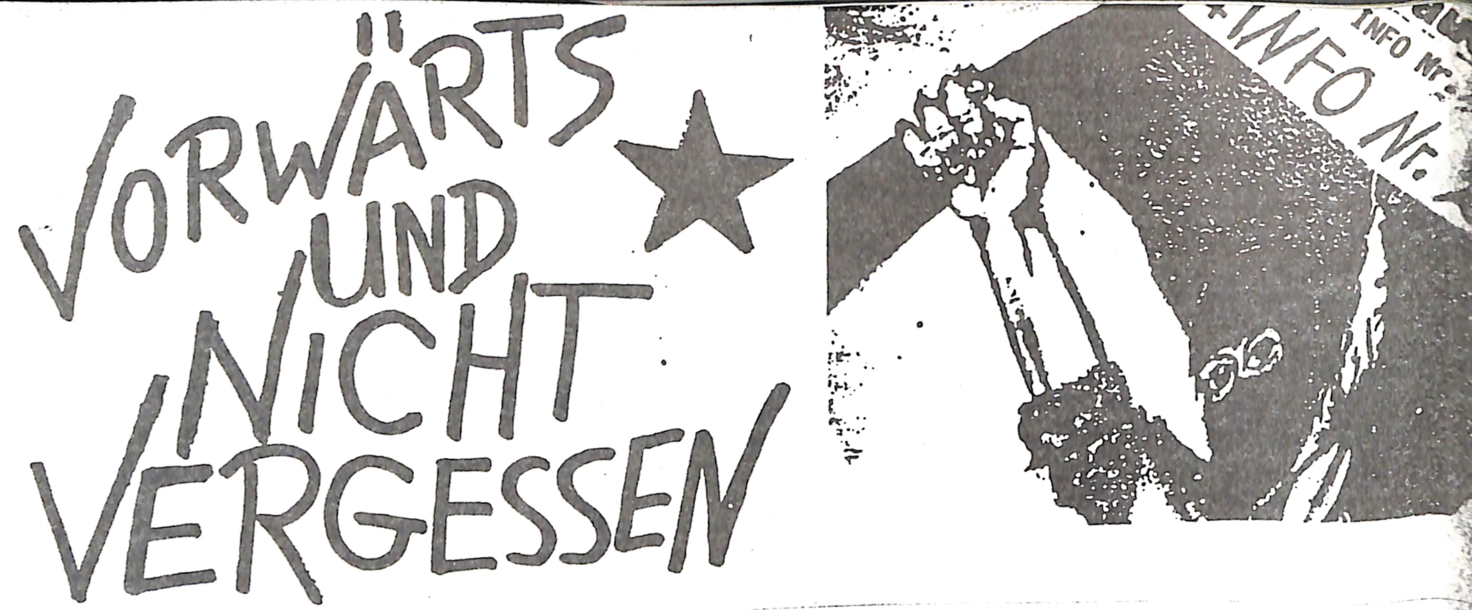
am 13. Januar 1989

An diesem Tag sollen die Wohnungshaie am Kudamm besucht werden.
Zur Information schon mal eine kleine Auslese der hier ansässigen Spekulanten:

Bendzko Immobilien	Kudamm	16
Neue Heilsberger Dreieck Gesellschaft mbH	"	16
Haus- und Grundbesitzerverein	"	26a
Deutsche Bau & Bodenbank	"	33
Deutsche Bau & Grundstücks AG	"	33
Dr. Erich Marx Immobilien	"	42
Erwin Gruhn - Industriemakler	"	43
Plettner Immobilien und die Grundkreditbank	"	57
Interessengemeinschaft der Wohnungseigentümer	"	57
Groth & Grahlfs	"	62
Finanz- und Handels AG	"	63
Hermann Brack & Co AG	"	71
Grundstücksgesellschaft am Lützowufer	"	74
Nostro Immobilien	"	74
Otremba Immobilien	"	74
Gesellschaft für Haus- und Grundbesitz	"	136
Artur Caesar Behrendt Immobilien	"	185
Verein Berliner Immobilienbörse	"	185
Heymann & Kreuels	"	206
Wilhelm Droste & Co	"	217
Grünbaum KG	"	218
Tauentzien Eck	"	218
"Haus und Hof" Grundstücksgesellschaft	"	218
Grund AG	"	219
Otremba Baubetreuung	"	219
Hano Immobilien	"	219
Bellevue Mietwohnbau	"	234
Residenta Immobilien	"	234

Wer sachdienliche Hinweise oder Informationen über die Arbeit und sonstige Schweinereien der Obengenannten und anderer geben kann, sollte sich schleunigst bei Lunte c/o Mieten
Weisestr.53
1/44 melden.

Vorbereitungstreffen für die Aktion "Schwarzer Freitag"
Kantine Kerngehäuse Cuvrystr. 20 2.HH 1/36
jeden Sonntag 20 Uhr



§ 129a Verfahren in Hamburg

Fritz Storim wird vorgeworfen "eine Vereinigung unterstützt zu haben, deren Zwecke und deren Tätigkeit darauf gerichtet sind, unter anderem Mord, erpresserischen Menschenraub, Geiselnahme und Sprengstoffverbrechen zu begehen" (aus der Anklageschrift).

Die Unterstützung soll stattgefunden haben, indem er, "maßgeblich an Herstellung und Verbreitung der in Hambg. herausgegebenen periodischen Druckschrift 'SABOT Hamburger Infosammlung'" (a.d.A.) beteiligt war.

Konkret wird ihm die Beteiligung an der Veröffentlichung der Ausgabe SABOT Nr. 14 vom März 87 vorgeworfen, " in der durch die Veröffentlichung von Text- und Bildbeiträgen die "terroristische Vereinigung 'Rote Armee Fraktion, RAF' unterstützt wird "(a.d.A.).

Gemeint ist die Dokumentation eines Redebeitrages vom damaligen " antiimperialistischen Plenum", der auf der Mobilisierungsveranstaltung zum Tag X zur Durchsetzung der Hafenstrasse gehalten wurde. In dem Beitrag wird u.a. "vom Zusammenkommen der verschiedenen Kämpfe gegen die Formierung und Umstrukturierung in Westeuropa, über den Aufbau einer politisch-militärischen Front in Westeuropa und vom gemeinsamen Kampf für die Zusammenlegung der Gefangenen aus RAF und Widerstand und aller kämpfenden Gefangenen" geredet.

Der Prozeß gegen Fritz zielt auf unsere öffentlichen Kommunikationsstrukturen. Die Darstellung von radikalem Widerstand, die Verbreiterung der Diskussion und Information zur revolutionären Organisierung sollen verhindert werden. Die Absicht ist, die radikale Linke zu isolieren und zu schwächen. Dieser Prozeß setzt eine Reihe von Prozessen dieser Art fort - Ende der 70er Jahre gegen die AGIT-Drucker in Berlin, FANTASIA-Druck in Stuttgart, wie vor Jahren die Kriminalisierung etlicher linker Zeitungen, am bekanntesten die der "RADIKAL" und 86/87 die bundesweite Verfolgung von Verteilern der RADIKAL aus dem Untergrund.

Gleichzeitig verstehen wir den Prozeß auch als gezielten Angriff gegen Fritz. Weil er seit langem aktiv ist (Anti-AKW-Bewegung, Häuserkampf, Hafenstrasse, Internationalismus, Anti-IWF-Kampagne, ...), soll er stellvertretend für die Entwicklung des Widerstandes verknackt werden, und ebenso wollen sie damit die Geschichte unserer Kämpfe treffen, die sich auch in den Erfahrungen und Erzählungen, ihrer Weitergabe an Jüngere, verkörpert.

Bereits im Juni 88 wurde er wegen angeblichem "illegalem Waffenbesitz" zu 6 Monaten Knast mit 3jähriger Bewährung verurteilt. Es ging hierbei um 2 Zwillen, die bei einer Hausdurchsuchung am 10.6.87 (Anlaß war SABOT Nr.14) von den Bullen in Fritz Wohnung gefunden wurden.

Und jetzt,
will das Gericht seiner Anwältin Ute Brandt die Pflichtverteidigung entziehen. Sie begründen das damit, daß Ute selbst wegen " Unterstützung der RAF" angeklagt wird. Ute erhielt am 18.10.88 eine Anklageschrift. Ob das Verfahren überhaupt eröffnet wird, ist noch nicht entschieden. Mit diesem Angriff auf die politische Verteidigung greifen sie auf ein Mittel der Stammheimer Prozesse in den 70er Jahren zurück - die politische Verteidigung als Widerstand gegen den Ausnahmezustand vor den Staatsschutzsenaten, als Schutz der politischen Gefangenen, soll beseitigt werden.

DEMONSTRATION ZUM GERICHT - GELÄNDE VON DEN BULLEN ABGERIEGELT

Am 28.11. fand der 1. Verhandlungstag im 129a Verfahren gegen Fritz statt. Gegen 8³° Uhr versammelten sich ca. 300 DemonstrationsteilnehmerInnen an der U-Bahn Station Feldstraße. Trotz massivem Bullenaufgebot formierte sich die Demonstration und ging geschlossen in Richtung Gericht. Am Sievekingsplatz wurde die Demonstration von einer Sperre mit großem Bullenaufgebot aufgehalten.

An dem Einsatz waren ca 700 Bullen beteiligt, darunter MEK Einheiten in schußsicheren Westen, SEK Festnahmetrupps. In der Kaiser-Wilhelm-Straße waren zusätzlich 3 Wasserwerfer aufgefahren. Unseres Wissens hat es noch nie eine solch weiträumige und so massive Absperrung um den Gerichtskomplex gegeben.

Als abzusehen war, daß die Sperre nicht durchbrochen werden konnte, zog die Demonstration zur Kreuzung am Karl-Muck Platz. Nach erneutem Versuch zum Gericht zu gelangen wurde die Kreuzung besetzt um den Durchlaß zu erreichen. Auch nach mehrmaliger Aufforderung waren die Bullen nicht bereit, uns zum Gericht zu lassen. Deshalb gingen wir zum Sievekingsplatz zurück. Fritz war damit der Zugang zum Gericht unmöglich gemacht.

Nach einiger Zeit boten die Bullen uns an einzeln die Sperre zu passieren, was wir aber nicht wollten. Daraufhin sind wir in die Gnadenkirche gegangen. Um ca. 10³° Uhr teilten uns die Anwälte mit, daß die Staatsanwaltschaft gegen Fritz Haftbefehl beantragt hat. In dieser Situation beschlossen wir, daß Fritz mit 30 Leuten zum Gericht rübergeht. Dem Anwalt wurde vom Einsatzleiter zugesagt, daß wir einzeln aber unkontrolliert die Sperren passieren könnten.

AKTION IN DER BÜRGERSCHAFTSSITZUNG

Wir wollten den Ausschluß der Öffentlichkeit aus dem Prozeß nicht unbeantwortet lassen. Deshalb planten wir eine Aktion, um die Öffentlichkeit auf andere Weise wiederherzustellen.
Gegen 16.15 Uhr versammelten wir uns mit ca. 30 bis 40 Personen vor dem Rathaus. Nach einigen Rangeleien mit Saalschützern drangen wir in die gerade begonnene Bürgerschaftssitzung ein, welche sich mit den Auseinandersetzungen vor dem Rathaus anläßlich der Nato-Parlamentarier-Tagung am 17.11. beschäftigen wollte.
Wir entrollten Transparente, riefen Parolen und hielten eine kurze Rede über den Grund unseres Erscheinens.
Unsere Forderungen waren:

- Sofortige Wiederherstellung der Öffentlichkeit im Prozeß gegen Fritz
- Grundsätzlich: Einstellung des Gesinnungsprozeßes gegen Fritz und aller Verfahren gegen den Widerstand
- Sofortige Freilassung des in Ordnungshaft genommenen Genossen

In Parolen forderten wir die Zusammenlegung aller kämpfenden Gefangenen und protestierten gegen die Isolationsfolter in den BRD-Knästen. Weiter riefen wir zum Widerstand gegen alle 129a-Verfahren auf, und wiesen auf die faschistische Kontinuität der Sondergerichtsbarkeit in diesen Verfahren hin.
Nach einigen Minuten verließen wir den Saal. Da inzwischen die Anordnung zur Schließung aller Ausgänge erlassen war, statteten wir den GAL-Fraktionsräumen einen Besuch ab. Dort berieten wir das weitere Vorgehen. Nach kurzer Zeit erhielten wir die Nachricht, daß die Bürgerschaftspräsidentin unsere Entfernung aus dem Rathaus, sowie die Feststellung unserer Personalien angeordnet hatte. Binnen weniger Minuten verwandelte die auffahrende Polizei das Rathaus in eine Festung. Wir wurden aufgefordert, die Räume einzeln zu verlassen, um uns dann in Gefangenentransportern zur Wache Sedanstr zwecks Feststellung unserer Personalien abtransportieren zu lassen. Dagegen setzten wir unsere Forderung nach gemeinsamen, freien Abzug. Unser konsequentes Verhalten führte dazu, daß die Polizei 4-5 Ultimaten verstreichen ließ. Gegen 18.°° Uhr war es dann soweit:
Die Bullen drangen in die Räume ein und trafen auf uns. Wir empfingen sie parolenrufend und in Ketten stehend. Brutal zerrten sie die ersten heraus, wobei es zu Rangeleien kam. Ein besonders gieriger Polizist wollte sich daraufhin willkürlich einen von uns herausgreifen. Nach mehreren Min uten heftiger Auseinandersetzungen mußten sie ihr Vorhaben aufgeben.
In darauffolgenden Verhandlungen setzten wir durch, daß die Personalienfeststellung vor Ort stattfand. Draußen vor dem Rathaus hatten sich inzwischen mehrere Leute versammelt, die uns parolenrufend unterstützten. Die Personalienfeststellung zog sich gut 2 std. hin, weil es immer wieder zu Unterbrechungen kam. So weigerten wir uns z.B. weiter zu machen, bis klar war, daß die ersten fünf von uns, die sie rausgezerrt hatten, frei waren. Ein weiterer Punkt war, daß die Bullen begannen, die Räume nach der einen Person zu durchsuchen, die sie vorher vergeblich versucht hatten, herauszugreifen. Doch diese hatte sich trotz Belagerungszustandes in Luft aufgelöst.
Gegen 20.³° Uhr verließen wir dann gemeinsam das Rathaus. Zusammen mit den davor stehenden GenossInnen fuhren wir in einem Taxenkonvoi zurück in unsere Viertel.

Wir schätzen die Aktion als einen großen Erfolg ein. Die Öffentlichkeit, die aus dem Prozeß ausgeschlossen wurde, um ihn in aller Ruhe heimlich durchzuziehen, wurde durch die Aktion um ein Vielfaches wieder hergestellt. Nicht nur das, sondern es wurden die von ihnen kriminalisierten Inhalte öffentlich und noch dazu in "ihren Allerheiligsten Hallen" vorgetragen.

---

3. VERHANDLUNGSTAG

Wieder versammelten sich, diesmal um 9°°, etwa 100 Leute an der Feldstr. Die anschließende Demonstration führte uns direkt ins Gerichtsgebäude. Polizei war überall präsent, es gab aber keine Absperrungen mehr um das Gericht. Nach Einzeldurchsuchungen im Haupteingang (hier übliche Praxis) begleiteten wir Fritz durchs Justizgebäude bis zur Tür zum Vorraum des Staatsschutzsaales.
Da nicht zu erwarten war, daß die Öffentlichkeit heute wieder zugelassen würde, beschlossen wir eine kleine Demo durchzuführen. Etwa 80 Menschen zogen daraufhin mit Transparenten und parolenrufend (...der Richter steht nicht gern allein, er braucht dazu das Bullenschwein...) zum Untersuchungsknast und danach durchs Karo- und Schanzenviertel.

Um 12°° Uhr fand dann der 7. Prozeßtag gegen Babara statt, zu dem auch wieder Viele von uns hingingen. Während eines Knüppeleinsatzes der Bullen (Flora) wurde sie erheblich am Kopf verletzt und festgenommen. Kommt alle zum nächsten Prozeßtag am 8.12. um 14°° .

Fritz und 10-15 Leute hatten die Sperre passiert, als die Bullen Leute durchsuchen wollten und die Leute sich wehrten. Die Sperre wurde sofort dichtgemacht und die Bullen drängten uns mit Schlagstockeinsatz bis zur Kirche zurück. Bei der Schlägerei gab es auf unserer Seite zwei Verletzte. Schon vorher wurde ein Genosse am Karl-Muck-Platz von einem Zivilbullenwagen angefahren. Er mußte ins Krankenhaus gebracht werden, wegen der starken Prellungen konnte noch nicht festgestellt werden, ob sein Arm gebrochen ist.

Vorm Kircheneingang wurde eine Kundgebung begonnen. Fritz und die mit ihm gegangenen GenossInnen, die die Sperre bereits passiert hatten, kehrten zurück. weil es zu Prügeleien seitens der Bullen gekommen war. In der Zwischenzeit wurde Haftbefehl gegen Fritz erlassen und die Verhandlung wurde bis 13°° Uhr ausgesetzt. Wir entschlossen uns, gemeinsam mit Fritz um 13°° Uhr zum Gericht zu gehen, da unsere Hauptabsicht darin besteht, einen offensiven Prozeß zu führen.

DER PROZESSVERLAUF

Ab Mittag war Fritz beim Prozeß dabei. Zuerst wurde ein Antrag auf Aufhebung des Haftbefehls gestellt, über den das Gericht aber nicht sofort, sondern erst am Ende des Verhandlungstages entscheiden wollte, um damit einen anhaltenden Druck gegen Fritz zu erzeugen. Danach stellten die Anwälte Antrag auf Einstellung des Verfahrens, den sie ausführlich begründeten. Juristischer Schwerpunkt des Antrages ist die Argumentation daß eine Zeitung als Presseerzeugnis unter dem verfassungsrechtlichen Schutz der Pressefreiheit steht. Im Antrag wird auf die politische Bedeutung des § 129a als ein Paragraph hingewiesen, der als Sondergesetz gegen politische Gesinnung eingesetzt wird und im Rahmen präventiver Aufstandsbekämpfung seine Bedeutung findet. Nach dem Einstellungsantrag wurden aus dem Publikum Parolen gerufen (Hamburg, München überall, den § 129a bringen wir zu Fall) und applaudiert. Eine Räumung wurde zwar angedroht aber nicht vollzogen. Nach ca 10 Minuten lehnte das Gericht wie erwartet den Antrag ab, wozu es drei Sätze benötigte.

Nun wollte die Staatsanwaltschaft die Anklage verlesen. Die Verteidigung beantragte nochmals, daß über die Aufhebung des Haftbefehls entschieden wird, was vom Gericht erneut abgelehnt wurde. Erst am Ende der Verhandlung -also nach verlesen der Anklage- wurde vom Gericht beschlossen, den Haftbefehl aufzuheben.

2. PROZEßTAG AM MITTWOCH DEN 30.11.88

Wie schon am 1. Verhandlungstag versammelten wir uns trotz eisiger Kälte mit ca 100 GenossInnen an der U-Bahn Station Feldstraße um mit Fritz zum Prozeß zu gehen. Parolenrufend und mit viel Power demonstrierten wir in Richtung Gericht. Dieses war jedoch -wie schon am Montag- weiträumig von den Bullen abgesperrt. Ein Teil von uns ging durch die Sperren, um den Prozeß auch vom Zuschauerraum aus angreifen zu können, indem wir Fritz und die Anwälte unterstützen und die Prozeßführung nicht dem Gericht zu überlassen.

Zuerst beantragten die Anwälte die Schikanen beim Einlaß zu beenden (keine Kulis,Tabak etc.) Von den Zuschauern aus wurde dann, als das Gericht Zettel und Bleistifte (die aber kaum wer dabei hatte) zuließ, Kulis aber nicht erlaubte, protestiert. Als eine Frau sich beschwerte und vom Richter unterbrochen wurde,kam es zu div. Unmutsäußerungen.Dies nutzte der Richter, um die Situation zu eskalieren, indem er einen Rufer rausgreifen wollte. Das wurde nicht ohne Widerstand zugelassen. Die Bullen fingen daraufhin an, den Saal zu räumen, ohne daß ein richterlicher Beschluß da war. Bei der Räumung wurde eine Frau und der angebliche Rufer festgenommen und einige verletzt. Eine Frau mußte zur Untersuchung ins Krankenhaus. Die Sitzung wurde bis 13°° Uhr unterbrochen, dann sollte der vermeintliche Rufer vorgeführt werden.

Um 13°°Uhr eskalierte der Richter weiter, in dem er den Genossen zu 2 Tagen Knast verurteilte. Daraufhin wurde von uns viel Lärm gemacht und Parolen gerufen. Nun legte der Richter dem Staatsanwalt nahe, die Öffentlichkeitsausschließung zu beantragen. das Gericht beschloß die Öffentlichkeit auf unbestimmte Zeit auszuschließen. Vorher hatten Fritz und beide Anwälte was dazu gesagt. Fritz sagte, daß der Antrag, die Öffentlichkeit auszuschließen, die Fortsetzung des ganzen Sonderstatuses ums Gericht sei. So seien schon am Montag Freunde nicht durch die Sperren gegangen, die den Nazifaschismus mitbekommen haben und sich das nicht nochmal antun wollten,durch solch ein Scenario zu gehen, das sie von damals kennen.

Die Erklärungen wurden aus dem Publikum mit Parolen und Beifall unterstützt.

Nach dem Beschluß zum Ausschluß der Öffentlichkeit riefen wir Parolen und sangen Lieder. Nach ca. 10 Minuten verließen wir geschlossen und parolenrufend das Gericht. In der Kirch überlegten wir dann, was war und was weiter laufen kann.

EA informiert über den VS Spitzel

S.TELSCHOW

Am 17.10.88 stellte der SPD-Abgeordnete Paetzold im Innenausschuß die Frage, ob ein Polizist in Zivil nach einer Demonstration am 28.9.88 wegen Steinewerfens festgenommen und in einem Schnellgerichtsverfahren zu einer Bewährungsstrafe von einem Jahr wegen schweren Landfriedensbruchs verurteilt worden sei.

Innensenator Kewenig antwortete auf diese Frage mit "Nein". Es blieb jedoch offen, ob es sich möglicherweise um einen V-Mann des Verfassungsschutzes handelt.

Gleichzeitig erfuhren wir, daß der Festgenommene während einer Unterredung mit dem Staatsanwalt unter zwei Augen eine Telefonnummer des VS zu seiner Absicherung angegeben habe.

Am 24.11. kam es zum Eklat in der PKK (Parlamentarische Kontrollkommission, zur Überprüfung des VS). Die SPD erhob eine Reihe von Vorwürfen gegen den VS, insbesondere stellte Paetzold seinen als Anfrage geäußerten Verdacht nunmehr als Tatsache hin und nahm Bezug auf gesicherte, aber unveröffentlichte Beweise.

Darüberhinaus bezeichnete er drei Besuche des möglichen VS-Mitarbeiters bei ihm als Ausforschungsversuche des Amtes.

In der Innenausschußsitzung vom 28.11. dementierte Kewenig, daß der als VS-Mitarbeiter Verdächtigte beauftragt gewesen sei, Paetzold auszuforschen. Er antwortete jedoch nicht auf die Frage, ob es sich bei dem Mann um einen Mitarbeiter des VS handele.

Der EA hat nach Bekanntwerden des Verdachts mit Hilfe seiner Festnahmelisten den Namen der Person ermittelt auf die Paetzolds Angaben zutrafen. Wir haben dann begonnen, selber zu recherchieren, um die Richtigkeit, bzw. Unrichtigkeit des Verdachtes zu überprüfen. U.a. haben wir mit dem Verdächtigten ein Gespräch geführt. Seine Angaben stimmten mit denen Paetzolds, bzw. Dritter überein.

Er bestritt jedoch, vom VS angeworben worden zu sein oder dessen Telefonnummer angegeben zu haben. Seine Besuche bei Paetzold begründete er mit dem Versuch, etwas über die Hintergründe seiner Verdächtigung zu erfahren oder, wenn möglich Paetzold zu einer Rücknahme seiner Behauptungen zu bewegen.

Zu seiner persönlichen Situation gab er an, relativ neu in Berlin zu sein, daher auch noch keine festen Zusammenhänge zu besitzen, die ihn kennen und für ihn bürgen würden. Von daher würde es für ihn schwer bis unmöglich sein, zu beweisen, daß er kein Spitzel sei.

Bei diesem Stand der Dinge veröffentlichte der Stern seine Version der "Story" unter Beschreibung und voller Namensnennung Steffen Telschows.(Wir hätten den Namen von uns aus nicht veröffentlicht, solange wir nicht sicher sein konnten es mit einem VS-Mann zu tun zu haben).

Telschow lud daraufhin zu einem Treffen mit seinen Anwälten, Pressevertretern, sowie Menschen, die mit ihm zu tun haben. Seine Geschichte blieb die oben geschilderte, er teilte jedoch mit, daß er gegen den Stern Klage erheben wolle.

Für uns hieß das, es gab keinen Beweis, es sei denn, mensch hielte die Glaubwürdigkeit Paetzolds für ausreichend.

Wir haben in den letzten Wochen mehrere Diskussionen über den Fall geführt. Wir haben uns die Frage gestellt, welche Beweise wir für ausreichend halten würden? Eine Aussage des Staatsanwaltes, eine Erklärung des VS, ein Dokument oder ein Geständnis des Betrofenen?
Allgemein zweifelten wir die Glaubwürdigkeit nicht überprüfbarer Vermutungen an, die von Politikern oder Szenemenschen in Umlauf gesetzt werden.
Wir haben uns im Fall Telschow nicht auf eine einheitliche Position einigen können.
-- Die Einen von uns sagen, ein Verdacht darf nicht ausreichen, um jemanden als Spitzel zu bezeichnen und zu behandeln.

Telschow hat also wie jede/r Andere auch Zugang zu öffentlichen Veranstaltungen, Vollversammlungen und Kneipen.Das nimmt aber Keine und Keinen davon aus, sich zu überlegen, mit wem sie etwas zu tun haben wollen und wie ein verantwortlicher Umgang mit "vertraulichen Informationen" gewährleistet ist.
Würde aber die Äußerung eines Verdachtes ausreichen, um jemanden auszuschließen, wäre potentieller Willkür keine Schranke gesetzt. Angesichts der Katastrophalen persönlichen Folgen, die eine falsche Verdächtigung für das Opfer haben können, muß es Beweise geben, ehe wir gegen jemanden vorgehen, Mutmaßungen und Spekulationen dürfen nicht ausreichen.

--Einem Teil der Leute war es wichtig, daß der Verdacht veröffentlicht wird, um allen Leuten, die mit ihm zu tun haben, die Möglichkeit zu geben, selber zu entscheiden, wie sie sich ihm gegenüber verhalten wollen.

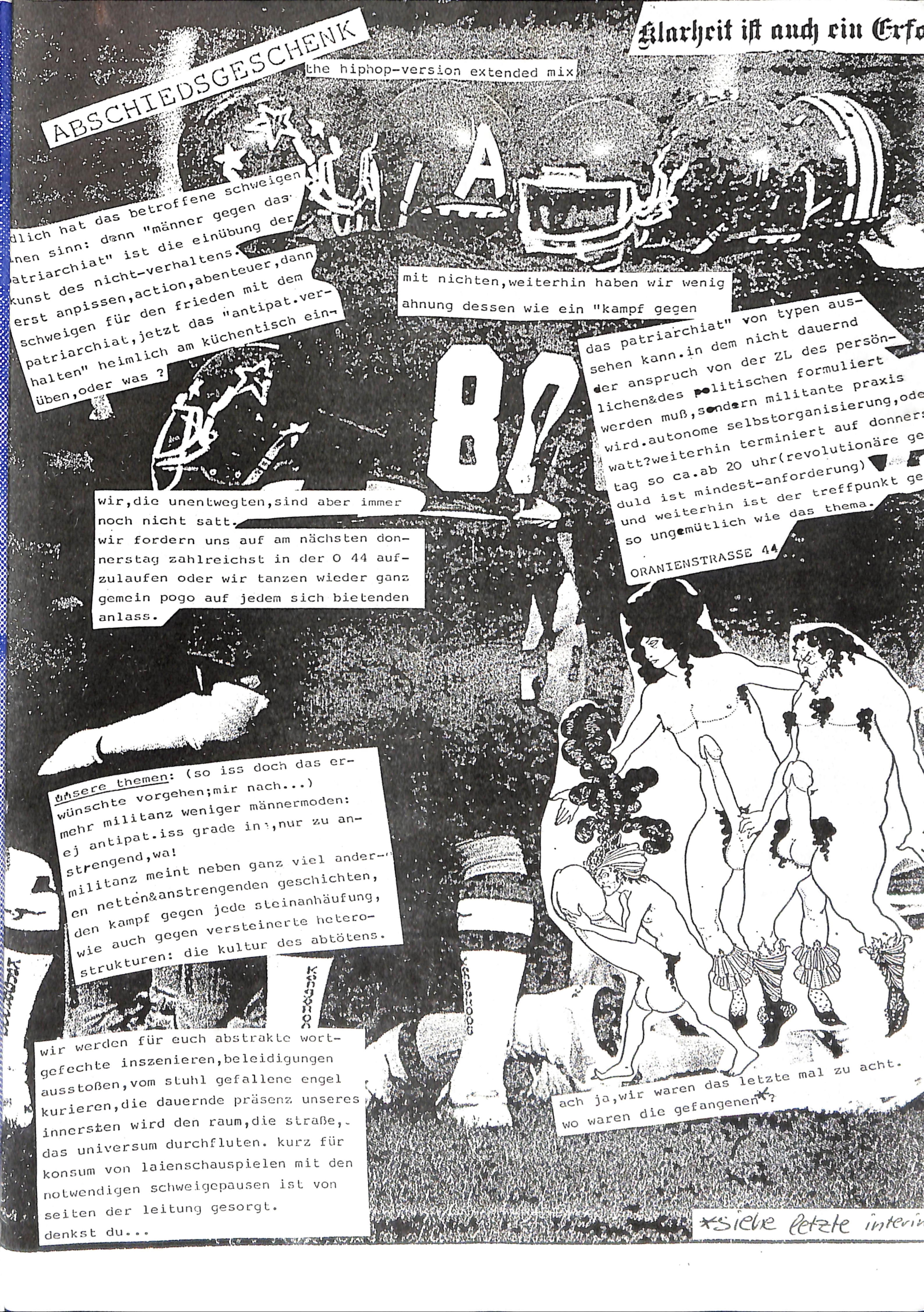
--Andere sagen, solange der Verdacht nicht ausgeräumt ist, hat Telschow nichts in unseren Zusammenhängenzu suchen. Das Risiko, das er ein Spitzel ist und Informationen erhält ist uns zu hoch. Unsere Sicherheit ist vorrangig gegenüber den negativen Folgen eines *falschen Verdachts*.

Obwohl wir mit diesem Papier nicht zu einem einheitlichem Vorgehen beitragen können, bestenfalls zur Diskussion in Richtung auf ein solches, haben wir uns doch entschlossen, zu veröffentlichen, um wenigstens die derzeit bekannten Informationen und unsere Meinungen für Alle öffentlich und nachvollziehbar zu machen.

Nachtrag:

Diese Informationen erreichten uns erst nach Abfassung des vorstehenden Papiers.

Steffen Telschow hat ein umfassendes Geständnis abgelegt. Er bestätigte die gegen ihn erhobenen Vorwürfe, erklärte jedoch eigentlich zu uns zu gehören (wollen). Näheres bitten wir der lokalen Presse zu entnehmen.
Wir denken nicht, daß mit diesem Geständnis unsere Einschätzungen hinfällig oder unrichtig werden. Eine Diskussion über den Umgang mit Verdachtsmomenten ist sicher weiterhin nötig.
Zu Telschow: Wir meinen, daß Telschow in unseren Zusammenhängen (Mehringhof) nichts mehr zu suchen hat. Ein Geständnis, unter öffentlichem Druck zustande gekommen, kann nicht ausreichen, um ihm Glaubwürdigkeit zu attestieren, bzw. um ihm Vertrauen entgegenzubringen. Das wäre für ihn zu einfach und bequem.



Klarheit ist auch ein Erfo

ABSCHIEDSGESCHENK

the hiphop-version extended mix

dlich hat das betroffene schweigen
nen sinn: dann "männer gegen das
patriarchiat" ist die einübung der
kunst des nicht-verhaltens.
erst anpissen,action,abenteuer,dann
schweigen für den frieden mit dem
patriarchiat,jetzt das "antipat.ver-
halten" heimlich am küchentisch ein-
üben,oder was ?

mit nichten,weiterhin haben wir wenig
ahnung dessen wie ein "kampf gegen
das patriarchiat" von typen aus-
sehen kann.in dem nicht dauernd
der anspruch von der ZL des persön-
lichen&des politischen formuliert
werden muß,sondern militante praxis
wird.autonome selbstorganisierung,ode
watt?weiterhin terminiert auf donners
tag so ca.ab 20 uhr(revolutionäre ge
duld ist mindest-anforderung)
und weiterhin ist der treffpunkt ge
so ungemütlich wie das thema.

ORANIENSTRASSE 44

wir,die unentwegten,sind aber immer
noch nicht satt.
wir fordern uns auf am nächsten don-
nerstag zahlreichst in der O 44 auf-
zulaufen oder wir tanzen wieder ganz
gemein pogo auf jedem sich bietenden
anlass.

unsere themen: (so iss doch das er-
wünschte vorgehen;mir nach...)
mehr militanz weniger männermoden:
ej antipat.iss grade in,nur zu an-
strengend,wa!
militanz meint neben ganz viel ander-
en netten&anstrengenden geschichten,
den kampf gegen jede steinanhäufung,
wie auch gegen versteinerte hetero-
strukturen: die kultur des abtötens.

wir werden für euch abstrakte wort-
gefechte inszenieren,beleidigungen
ausstoßen,vom stuhl gefallene engel
kurieren,die dauernde präsenz unseres
innersten wird den raum,die straße,
das universum durchfluten. kurz für
konsum von laienschauspielen mit den
notwendigen schweigepausen ist von
seiten der leitung gesorgt.
denkst du...

ach ja,wir waren das letzte mal zu acht.
wo waren die gefangenen*?

*siehe letzte interi

ZUR VERANSTALTUNG AM 21.12.88 IM SYNDIKAT : 19.00
Dieses Flugblatt ist bei Bosch-Siemens verteilt worden und gibt einen Überblick über die Ereignisse, um die es unter anderem in der Veranstaltung gehen wird und worüber diskutiert werden soll.

IG Metall-Vertrauensmann fristlos gekündigt

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Mitte Oktober wurde im Bosch-Siemens Hausgerätewerk der IG Metall Vertrauensmann H. Canpolat vom Werkschutz zur Garderobe gebracht, mußte dort seine Sachen packen und wurde dann zum Tor geleitet. Man verweigerte ihm den Gang zum Betriebsrat. Zwei Tage später erhielt er die fristlose Kündigung zugestellt. Das geschah wenige Tage nach seinem Redebeitrage auf der Betriebsversammlung im ICC am 6.10.88.

Wir nehmen diesen krassen Fall von Unternehmerwillkür, der auch schon in der Presse erwähnt wurde, zum Anlaß, um Euch, so gut wir können, über die Hintergründe und die Methoden des Hauses Siemens zu informieren.

An dieser Information haben Kollegen aus mehreren Berliner Betrieben mitgearbeitet.

Zustände wie im vorigen Jahrhundert

Soweit wir erfahren konnten, wurde die Werksleitung in den vergangenen Jahren immer wieder auf Betriebsversammlungen wegen der teilweise unhaltbaren Zustände im Produktionsbereich kritisiert.

- Angeprangert wurden laufende Akkorderhöhungen ohne technische Veränderungen und fast ohne zusätzliche Arbeitskräfte.
- Um die hohen Stückzahlen zu schaffen, wird den Kolleginnen und Kollegen des öfteren der Gang zur Toilette verwehrt.
- In einigen Abteilungen wurden den Kollegen die vereinbarten und nach dem Manteltarifvertrag zustehenden Freischichten im Rahmen der 37,5 Stundenwoche verweigert.
- Einseitige körperliche Belastungen und schwere Arbeit haben zu einem hohen Krankenstand geführt, den das Unternehmen wiederum zu krankheitsbedingten Kündigungen nutzt.
- Heuern und Feuern ist tägliche Praxis im Hausgerätewerk.
- Die Werksleitung läßt es zu, daß die Ausländerfeindlichkeit im Betrieb geschürt wird; denn die Spaltung zwischen deutschen und ausländischen Beschäftigten liegt in ihrem Interesse.

Gewerkschaftliche Gegenwehr

Wenn man unter solchen Bedingungen arbeiten muß, liegt es nahe, daß man sich gewerkschaftlich organisiert, um für bessere, menschenwürdigere Arbeitsbedingungen zu kämpfen. Das gilt besonders für die ausländischen Kolleginnen und Kollegen der zweiten Generation, die hier in Berlin aufgewachsen sind, hier ihre Familien haben und damit rechnen, daß sie hier ihr ganzes Arbeitsleben verbringen werden.

Seit einigen Jahren gehören sie zu den Trägern der gewerkschaftlichen Gegenwehr im Betrieb.

Für Siemens und für alle Außenstehenden wurde dies 1986 beim Kampf der IG Metall gegen den Paragraphen 116 deutlich. Die Vertrauenskörperleitung glaubte damals mehrheitlich nicht, daß eine Aktion möglich wäre. Auch die Ortsverwaltung war erstaunt, daß sich der Betrieb fast geschlossen an dem Warnstreik beteiligte. Aber schließlich ging es ja beim § 116 um die gewerkschaftlichen Kampfbedingungen für die Zukunft.

Aufgeschreckt wurde das Management auch durch den hartnäckigen Kampf der Endmontage (Abteilung 024). Innerhalb von sechs Monaten wurde drei Mal die Stückzahl der zu produzierenden Waschmaschinen erhöht. Bei der letzten Erhöhung um 50 Stück spielten die Kollegen nicht mehr mit. Sie gingen geschlossen zum Betriebsrat. Sie blieben so lange dort, bis sie einem Vertreter der Werksleitung im Beisein des Betriebsrats ihre Forderungen vorgetragen hatten. In den Tagen danach wurden jeweils die Stückzahlen weit unterschritten. Das ging so lange, bis sich Werkleiter Sämann gezwungen sah, auf einer Betriebsversammlung vor der versammelten Belegs[illegible]t zu versichern, daß die Kollegen der 024 mehr Personal und mehr Lohn bekommen, um die hohen Stückzahlen zu schaffen.

KAMPF GEGEN MAULKORB UND SCHLECHTE ARBEITSBEDINGUNGEN BEI BOSCH-SIEMENS

Kritik auf der Betriebsversammlung

Zu denen, die immer wieder die Mißstände auf Betriebsversammlungen angeprangert haben, gehört auch Vertrauensmann Canpolat.

Auf der Betriebsversammlung am 6.Okt. im ICC vertrat die Werksleitung die Auffassung, daß die Stückzahlen der Waschmaschinen weiter erhöht werden müßten.

Dem entgegenete Vertrauensmann Canpolat, daß eine Erhöhung der Stückzahlen die Arbeitsbedingungen noch weiter verschärfen würde. Wie es heute schon zugeht, zeigte er an drei Beispielen.

-In einem Fall hatte der Betriebsärztliche Dienst einen Vorarbeiter telefonisch angewiesen, einer schwangeren Kollegin einen leichteren Arbeitsplatz zu geben. Nach wenigen Minuten kam der Meister und verwies die Kollegin wieder auf ihren "normalen" Arbeitsplatz, solange kein Mutterschaftspaß vorliege. Die Folge war, daß die Kollegin am Arbeitsplatz umkippte. Sie wurde mit der Feuerwehr ins Krankenhaus gefahren. Dort stellten die Ärzte fest, daß die Kollegin eine Fehlgeburt hatte. Am nächsten Tag war die Empörung über das Verhalten des Meisters groß. Es wurde viel diskutiert und wenig gearbeitet. Die Kolleginnen und Kollegen sammelten Unterschriften. Um die Belegschaft zu beruhigen, wurde noch am gleichen Tage eine Abteilungsversammlung einberufen, bei der auch jemand von Betriebsrat anwesend war.

-In einem anderen Fall ging es um einen Kollegen mit einem befristeten Arbeitsvertag. Ihm war an besagtem Tage schlecht. Trotzdem wurde er nicht abgelöst, so daß er weiterarbeiten mußte. Später brach er am Arbeitsplatz ohnmächtig zusammen. Er war etwa eine Stunde bei der Ersten Hilfe. Danach wollte er aus Angst vor einer Kündigung weiterarbeiten, wurde dann aber vom Meister nach Hause geschickt.

-Als Drittes berichtete er, daß sein Vorarbeiter am Band Wartezeiten mit in seinen Akkord eingerechnet hatte. Er schlug vor, den Vorarbeiter wieder als Springer einzusetzen, solange dieser nicht fähig sei, korrekte Zeitabrechnungen zu machen. Es gäbe ohnehin zuwenige Springer.

Kollege Canpolat ermunterte die Kolleginnen und Kollegen, sich auch dann nicht alles gefallen zu lassen, wenn vom Betriebsrat nicht genügend Unterstützung kommt. Es sei manchmal notwendig, die eigenen Interessen selbst in die Hand zu nehmen.

Siemens hat Angst vor jeder Ausweitung der gewerkschaftlichen Solidarität und Aktivität. Deshalb ging die Werksleitung dazu über, die Meinungsfreiheit direkt zu unterdrücken und kündigte dem Kollegen Canpolat fristlos wegen seiner Äußerung auf der Versammlung. Die Absicht ist klar: die Kolleginnen und Kollegen sollen durch Einschüchterung daran gehindert werden, nicht nur im Betrieb, sondern auch auf der Betriebsversammlung ihre Kritik zu äußern. Für uns ist dies eine Kündigung mit offensichtlich politischem Hintergrund, um einen unbequemen Gewerkschafter loszuwerden.

Zwei weitere aktive Kollegen haben ebenfalls die Kündigung erhalten; der eine wegen angeblich zu vieler Fehlzeiten, bei dem anderen wurde eine Verspätung zu Arbeitsbeginn als Anlaß genommen.

Wir fordern den Betriebsrat des Hausgerätewerkes auf, sich entschieden für die entlassenen Kollegen einzusetzen.
Die Werksleitung muß die Kündigungen zurücknehmen.

Wir rufen vor allem die gewerkschaftlich organisierten Kolleginnen, Kollegen und Betriebsräte auf, bei der Werksleitung gegen die Kündigungen zu protestieren.
(Bosch-Siemens Hausgerätewerk, Gartenfelder Straße, 1/20)

Solidaritätskomitee für die entlassenen Arbeiter aus dem Bosch-Siemens Hausgerätewerk
Verantwortlich i.S.d.P. :H. Hackelberg, Katteweg 18, 1/38

VERANSTALTUNG: AM MITTWOCH, 21.12.88 UM 19[00] UHR IM SYNDIKAT, WEISESTR. 56, 1/44
- ARBEITER/-INNEN BERICHTEN -

PROZEß: (GEGEN DEN RAUSSCHMIß) VORM ARBEITSGERICHT LÜTZOWSTR. 104, 1/30
AM FREITAG, 6.1.89 UM 11[30] UHR, RAUM 404
ALLE HINKOMMEN!!!

MASSENHINRICHTUNGEN IN IRANISCHEN GEFÄNGNISSEN: MEHR ALS 10.000 POLITISCHE GEFANGENE ERMORDET

Der Iran ist einer der blutigsten faschistischen Staaten der Welt. Mehr als 100.000 politische Gefangene sitzen in den iranischen Kerkern. Die Knäste sind völlig überfüllt, so sind z.B. im Evin-Gefängnis in Teheran 80 Gefangene in einer 37-qm-Zelle untergebracht. Schulen und andere öffentliche Gebäude sind in Gefängnisse verwandelt worden.

Nach dem Waffenstillstand mit dem Irak im August 88 hat das faschistische Regime lauthals den "Frieden" und die Phase des "Wiederaufbaus" verkündet. Das Verständnis des Regimes von "Wiederaufbau" und "Frieden" wird deutlich in der Behandlung der politischen Gefangenen: Ohne Gerichtsurteil werden MASSENHINRICHTUNGEN VORGENOMMEN. So wurden viele Gefangene hingerichtet, deren Haftstrafe in einigen Monaten abgelaufen wäre oder Gefangene, die vom Gericht lediglich zu langen Haftstrafen verurteilt worden sind.

In Gohardasht (Teheran) wurden 2/3 der Gefangenen hingerichtet. Die anderen Gefangenen traten aus Protest gegen die Hinrichtungswelle in den Hungerstreik, der aber nach zwei Wochen brutal niedergeschlagen wurde. Im Evin-Gefängnis wurden 300 Gefangene in einen Raum zusammengetrieben. Der Raum wurde mit den Gefangenen in die Luft gesprengt. Mit der gleichen Bestialität wurden Gefangene im Gefängnis von Kerman ermordet.

Seit Monaten haben die Angehörigen keine Besuchserlaubnis erhalten. Sie wissen nicht, wer noch lebt und wer schon ermordet worden ist. Oft erst Monate nach der Ermordung von Gefangenen werden die Angehörigen aufgefordert, die persönlichen Sachen der Hingerichteten abzuholen. Die hingerichteten Gefangenen werden in Massengräbern begraben. Die Angehörigen erfahren nicht, wo die Gräber sind. Trauerfeiern werden ihnen verboten.

In einem neuesten Fernsehinterview haben der iranische Parlamentspräsident und der Staatspräsident offiziell die Massenhinrichtungen bestätigt. Sie kündigten weitere Massenhinrichtungen gegen die "Feinde des Islam" an, die Gesetze des Koran befehlen die Tötung aller "Ungläubigen".

DIE GEFÄNGNISSE SIND ZU MASSENHINRICHTUNGSSTÄTTEN GEWORDEN, WEITERE MASSENHINRICHTUNGEN MÜSSEN VERHINDERT WERDEN!

Das Khomeini-Regime will sich durch die Massenhinrichtungen jegli-

cher Opposition entledigen. Es hat bereits verlauten lassen, daß es eine baldige "Amnestie" für Gefangene geben soll. "Voraussetzung" dieser "Amnestie" ist jedoch die Vernichtung der Gefangenen, die das Regime als "gefährlich" betrachtet. Mit der "Amnestie" soll der Staat nach außen als "demokratisch" verkauft werden. Diesen "Demokratisierungsprozeß" benötigen die westlichen Imperialisten als Rückendeckung für die beabsichtigten Investitionen in Milliardenhöhe zum "Wiederaufbau".

Keinem anderen Ziel diente die Reise Genschers in den Iran. Er war der erste westliche Staatsmann, der den Iran besucht hat. Er fuhr zusammen mit 30 Vertretern von Industrie und Banken, die sich den größten Anteil am Geschäft mit dem "Wiederaufbau" zu sichern erhofften. Die BRD ist bereits heute zusammen mit Japan der Haupthandelspartner des Iran.

Der BRD-Imperialismus, der schon durch Waffenlieferungen sowohl an den Iran als auch an den Irak am Krieg verdient hat und dabei natürlich ganz "neutral" war, will jetzt am "Wiederaufbau" verdienen.

Gleichzeitig wurde das faschistische Regime des Iran durch den Genscher-Besuch international hoffähig gemacht.
Die verbesserten Beziehungen der BRD zum Iran spiegelten sich hier auch in der Behandlung der iranischen Flüchtlinge wieder. Immer mehr Flüchtlingen wurde der Asylantrag abgelehnt. Es gibt zur Zeit zwar noch einen Abschiebestopp in den Iran, aber es ist zu befürchten, daß der aufgehoben wird, sollten sich die Beziehungen noch weiter verbessern. Es wird dem BRD-Staat dann auch nicht schwerfallen, dem Iran eine "Demokratisierung" zu bescheinigen, weshalb dorthin abgeschoben werden kann.

LASSEN WIR NICHT ZU, DASS ES UNTER DEN AUGEN DER WELTÖFFENTLICHKEIT ZU WEITEREN MASSENHINRICHTUNGEN IM IRAN KOMMT! BRECHEN WIR DAS SCHWEIGEN! PROTESTIEREN WIR GEGEN DIE ERMORDUNGEN DER POLITISCHEN GEFANGENEN! PROTESTIEREN WIR GEGEN DIE FIRMEN, DIE IM IRAN INVESTIEREN!

TOD DEM FASCHISMUS IM IRAN! TOD DEM FASCHISMUS ÜBERALL!



samstag 17.12. 12⁰⁰

ADENAUERPLATZ

Iranerinnen und Iraner in Westberlin

ViSdP: Asyl e.V., Nostitzstr. 6-7, 1000 Berlin 61



■ FRAUEN-VV zu der U-Bahn-Aktion: Do., 15.12., 19 Uhr, Versammlungsraum Mehringhof, Aufg. 3, 1. Stock

Donnerstag 15.12 — 20.00 Männerkiezküche in der O 44

Freitag 16.12 — 19.00 VOBO- und IWF-Filmreihe im Versammlungsraum Mehringhof, Gneisenaustr. 2a

Filmtage an der FHSS zum Thema Wohnungsnot
Goltastr. 43, 1/30, U-Bahn Eisenacherstr.
12.00 IWF. Rep.Rap. Dokumentation der Polizeiübergriffe 30min
12.35 Samba Samba 100 min
15.30 Gefühl und Härte 150 min
18.20 IWF. Rep.Rap.
19.00 Holger Meins: Obdachlose in Berlin 12 min
19.15 Der Kampf um die Häuser 1980-1982 **oder** Einführung des Weißen Kreises
20.15 Dem Miethai auf der Spur 1984 42 min
21.00 Kriminalisierung einer Bewegung 1981 55min
um 14.50, 18.00, 19.45 Möglichkeit zur Diskussion

21.30 Frauen Punk-Rock Concert im EX **Ladies only**

Samstag 17.12 — 12.00 Großes Wohnungsbetteln und Wohnungsbörse rund ums Kranzler Eck

14.00 UNI-Aktion Großdemo für selbstbestimmtes Wohnen und Leben

17.00 Wahlboykott-Aktionsplenum im A -Laden, Rathenowerstr. 22

17.00 ArbeiterInnen Versammlung im Babylonia, Cuvrystr. 24 (bis 20.00)

19.00 Infoveranstaltung über Nordirland mit zwei Filmen, einer von 1981 vom H-Block-Komitee, der andere von 1988 über die Ermordung von IRA-GenossInnen in Gibraltar und Diskussion zur aktuellen Situation in Nordirland
im Steps, Großbeerenstr. 64

20.00 Nicaragua Solidaritätsfete in der Waldemarstr
ab 20.00 Film: "la revoluta" danach **Kiezdisko**

20.30 **Kiezdisko** der Antifa in der SFE mit Film,Tanz

Sonntag 18.12 — 19.00 Veranstaltung zum 5. Jahrestag der Frente Patriotiso Manuel Rodriguez (FPMR) mit dem Vertreter der FPMR in der BRD im Versammlungsraum Mehringhof

20.00 EX-Knastfilmreihe: "Attica" USA 1972/90 min
"Attica" zeigt den Aufstand von 1200 Gefangenen im New Yorker Knast Attica. Er schildert mit vielen Detailinformationen die Revolte, in deren Verlauf 32 Gefangene und 11 Schließer von Nationalgardisten umgelegt wurden.
Attika ist ein Film, der das schweinische amerikanische Strafvollzugssystem angreift.

18.12.88, 18⁰⁰h
im Zorrow, Grüntalerstr. 38
"Berichte über die 129a Prozesse
in München + Hamburg"

ZU DEN ANGRIFFEN AM LETZTEN FRAUENABEND IM EX:

Mittwoch den 7.12.88 war - wie jeden ersten Mittwoch im Monat - Frauenabend und FrauenVV im EX.
An diesem Abend kam es erneut zu Angriffen auf Frauen!!!

Trotz großer "Heute FrauenAbend"-Schilder an den Türen zur Kneipe, wollte ein Typ partout ins EX. Er wurde rausgedrängt und die Tür hinter ihm zugehalten.
Als erste Rache fiel er eine Frau im Hof an, die gerade zum Frauenabend wollte. Sie konnte sich losreissen und ins EX flüchten.
Dies haben wir Frauen uns nicht gefallen lassen; auch unsererseits erfolgte eine Reaktion.........
Etwa 1 Stunde später griff der gleiche Typ wiederum zwei Frauen - diesmal vor dem Mehringhofeingang - gezielt mit einer Eisenstange an. Beide Frauen wollten gerade vom Frauenabend nach Hause.
Er verletzte beide schwer am Kopf und flüchtete sofort in ein Taxi.
Die zwei Frauen kamen zurück ins EX, wurden von uns versorgt, danach ins Krankenhaus gefahren, wo sie ambulant genäht wurden.

WIR WOLLEN UNS DEN FRAUENABEND NICHT NEHMEN LASSEN!!!!!!!!!!

Für den nächsten Frauenabend werden wir EX-Frauen verstärkten Schutz am Tor organisieren und wieder große Transparente aufhängen. Außerdem wollen wir auf jeden Fall über die permanenten Übergriffe und Angriffe und einen möglichen Schutz am Frauenabend reden.
Es wäre toll, wenn ihr euch bis dahin auch ein paar Gedanken macht!

Für das Frauenconcert am 16.12. haben wir Schutz organisiert. Falls sich Frauen beteiligen wollen, meldet euch am Mittwoch Abend (spätestens Freitag Abend) im EX am Tresen (Tel.: 6935800)

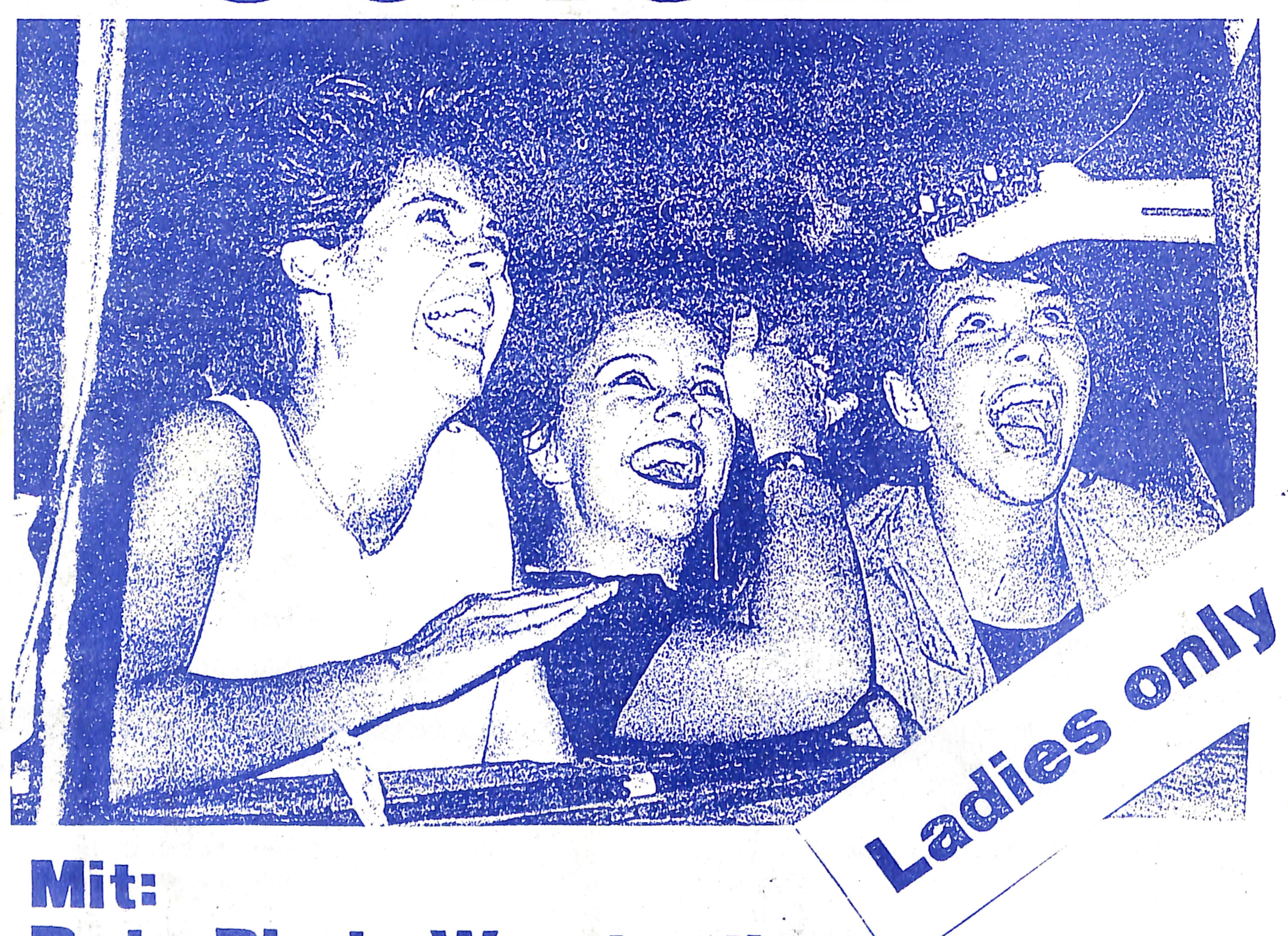
Montag 19.12 — **20.00** Video "BRD-Chile una relacion intima" Westberlin 88 im Steps, Großbeerenstr. 64

Mittwoch 21.12 — **19.00** Syndikat Veranstaltung ArbeiterInnen berichten: Arbeitsbedingungen bei Bosch/Siemens (siehe Flugi)

Kreuzbergstr. 43
1000 Berlin 61
EL LOCCO

Tag		Veranstaltung	Zeit
15. Do.	16 mm kino	"Alices's Restaurant" die Geschichte eines erfolgreichen Anarchisten '69,90 Min, mit Arlo Guthrie, Pat Quinn	19.00/21.00
16. Fr.	JUGEND kino	"Die Bedrohung" o.m.U.87,Schweden 72 min.farbe, Buch Stefan Jarl	17.00
17. Sa.	JUGEND kino	"Die Bedrohung" o.m.U.87,Schweden 72 min.farbe, Buch Stefan Jarl	17.00
		"Libertäre Publikationen" Büchertisch	19.00 bis 21.00
		"Lesung mit Zehra Cirak" aus dem Gedichtband Flugfänger	21.00
18. So.		"Libertäre Publikationen" Büchertisch	19.00 bis 21.00
	GROSS video	"Musikvideo THE BEATLES" Orginalmitschnitte von Konzerten	19.00/21.00
20. Di.	Tonbildschau	"KAFFEE -KOMPLETT" welthandel-nicaragua-brd-andershandel(n) Tonbildschau BRD '86, 50 min, von Anne Lengemann u. Jürgen Moritz	17.00
		"Das kleine Videofest" Videokunst aus Belgien	21.00
21. Mi.	Tonbildschau	"KAFFEE -KOMPLETT" welthandel-nicaragua-brd-andershandel(n) Tonbildschau BRD '86, 50 min, von Anne Lengemann u. Jürgen Moritz	17.00
	16 mm kino	"Alices's Restaurant" die Geschichte eines erfolgreichen Anarchisten '69,90 Min, mit Arlo Guthrie, Pat Quinn	19.00/21.00
22. Do	Tonbildschau	"KAFFEE -KOMPLETT" welthandel-nicaragua-brd-andershandel(n) Tonbildschau BRD '86, 50 min, von Anne Lengemann u. Jürgen Moritz	17.00
	16 mm kino	"Alices's Restaurant" die Geschichte eines erfolgreichen Anarchisten '69,90 Min, mit Arlo Guthrie, Pat Quinn	19.00/21.00

FRAUEN
PUNK-ROCK
CONCERT



Mit:
Rote Binde Westberlin
Häwi Mädels
MATRAKA (Baskenland)
am:
16.12.88 Einlass 21.30 Uhr
im EX, Gneisenaustr.2a 1/61